



BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG



READER

XXIII. KOLLOQUIUM DER BUNDESSTIFTUNG AUFARBEITUNG

01.-04. MÄRZ 2023 RINGBERGHOTEL SUHL

Inhalt

Programm des Kolloquiums 2023	4
THOMAS STEGMAIER	7
KRISTINA GUNNE	10
PAWEŁ KAZMIERSKI	13
JULIA KRETZSCHMANN	18
LAURA MUES	25
ERIK FISCHER	28
FRANK KELL	35
ANNA HESSE	38
HANS-HEINER HOLTAPPELS	45
KRISTOF TRAKAL	45
ALEXANDER MENNICKE	50
SASCHA OHLENFORST	57
THORBEN PIEPER	61

XXIII. Kolloquium der Bundesstiftung Aufarbeitung

BEGINN: Mittwoch, 01. März 2023, 18:00 Uhr

ENDE: Samstag, 04. März 2023 13:00 Uhr

ORT: Ringberghotel in Suhl

MITTWOCH, 01. MÄRZ 2023

	eigene Anreise zum Ringberghotel in Suhl
BIS 18:00	Anmelden und einchecken
18:00 – 19:00	Abendessen
19:00 – 19:45	Beginn des Kolloquiums mit Begrüßung und Vorstellung der Stipendiatinnen und Stipendiaten
19:45 – 20:15	Thomas Stegmaier „Das Stacheltier“- Filmische Satire in der DDR
20:15 – 20:45	Kristina Gunne Die Suchdienste des Deutschen Roten Kreuzes in der Bundesrepublik und DDR. Eine Beziehungsgeschichte zwischen humanitärem Auftrag und Politik im Kalten Krieg, 1946 bis 1994
20:45 – 21:15	Pawel Kaźmierski Antireligiosität in erster Instanz? Scheidungsurteile in der SBZ/DDR und in Volkspolen am Beispiel der Gerichtspraxis in Mecklenburg-Vorpommern (1945-1958) und in Pomorze Zachodnie (1945-1956)

DONNERSTAG, 02. MÄRZ 2023

9:30 – 10:30	Julia Kretzschmann: Leergeräumt und ausverkauft? – Die Beschaffung von Kunstgegenständen und Antiquitäten in der DDR für den Verkauf ins westliche Ausland
10:30 – 11:00	Laura Mues Expertise in der Transformationsgesellschaft: Narrative Gestaltung und Rezeption des Erinnerungsdiskurses an Transformation
11:00 – 11:30	Kaffeepause
11:30 – 12:30	Erik Fischer: Schule im Umbruch. Die Transformation des Bildungswesens im Leipziger Raum (1985-2005)

12:30 – 13:00	Frank Kell Erinnerungen an die „arbeiterliche Gesellschaft“ – Betriebsvereine in Nordthüringen und die Erosion eines ostdeutschen Gesellschaftskonzepts nach 1989/91
13:00 – 14:00	Mittagspause
14:00 – 14:45	Begrüßung und Einführung
14:45 – 15:45	Einführungsvortrag und Gespräch Dr. Claudia Gatzka
15:45 – 16:15	Kaffeepause
16:15 – 18:00	Podiumsgespräch: Bleibt alles anders? Das vereinte Deutschland im Perspektivwechsel
18:00 – 19:30	Abendessen
19:30 – 21:00	Podiumsgespräch: „Eine andere Welt“. Ist Europa entlang des einstigen eisernen Vorhangs noch immer gespalten?

FREITAG, 03. MÄRZ 2023

9:00 – 9:30	Die Angebote der Bundesstiftung Aufarbeitung 2023/24 Schwerpunkt Protest und Aufstände gegen autoritäre Herrschaft und Diktaturen
9:30 – 11:00	Podiumsgespräch: Der Kampf um die „Wahrheit“. Desinformation, Propaganda und Polarisierung in den (modernen) Medien und ihre Auswirkungen auf die politisch-historische Bildungsarbeit
11:00 – 11:30	Kaffeepause
11:30 – 12:30	Anna Hesse: Zwischen Bonn und Bautzen: Die ostdeutschen Abgeordneten des 12. Bundestages und die politisch-kulturellen Transformationsprozesse in der Bundesrepublik (1990-1994)
12:30 – 13:00	Hans-Heiner Holtappels Neue Arbeitslosigkeit managen: Der Aufbau der Arbeitsverwaltung in den neuen Bundesländern
13:00 – 13:30	Kristof Trakal Die Maßnahme - postsozialistische Subjektivierung durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und ihr dokumentarisches Reenactment
13:30 – 14:30	Mittagsimbiss

14:30 – 15:30	Alexander Mennicke „Wir kommen aus dem Osten und leben auf eure Kosten ...“ Ostdeutsche Identitäten und das Vermächtnis der DDR in deutschen Fußballstadien
15:30 – 16:00	Sascha Ohlenforst Die Sanierung von Werra und Elbe als umwelt- und völkerrechtliches Problem in den deutsch-deutschen Beziehungen 1968-1989
16:00 – 16:30	Thorben Pieper Verseuchte Landschaften wiederherstellen: Umweltexperten, Altlastensanierung und die Wahrnehmung ostdeutscher Räume
16:30 – 17:00	Kaffeepause
17:00 – 18:00	Auswertung
18:00 – 19:30	Abendessen
19:30 – 21:00	Filmpräsentation „STALIN - Leben und Sterben eines Diktators“ von Daniel & Jürgen Ast

SAMSTAG, 04. MÄRZ 2023

9:30 – 12:00	Podiumsgespräch: Wie erinnern für die Zukunft? Aktuelle Herausforderungen und neue Chancen bei der Aufarbeitung und Vermittlung der Geschichte der kommunistischen Diktaturen
12:00 – 12:15	Schlusswort
12:15 – 13:00	Mittagsimbiss
13:00 und 13:30	Bustransfer zum Bahnhof Suhl

„Das Stacheltier“- Filmische Satire in der DDR

von Thomas Stegmaier

Das Stacheltier war eine satirische Kurzfilmreihe, die von 1953-1964 von der DEFA (Deutsche Film AG) produziert wurde und im Kinovorprogramm ausgestrahlt wurde. Im Laufe der 1950er-Jahre entwickelte sich die Reihe zu einem populären Medium, in dem neben politischen Themen auch häufig Situationen aus dem sozialistischen Alltag inszeniert wurden. Die Produktion der Reihe erfolgte zunächst primär aus wirtschaftlichen Gründen, um die Anzahl der fertiggestellten Filme der noch jungen DEFA voranzutreiben. Aufgrund der verhältnismäßig geringen Herstellungskosten der Satirereihe, bedingt durch einfache Szenerien, meist nur wenige Darstellerinnen sowie Darsteller und eine insgesamt geringe Filmlänge, entwickelte sich das Stacheltier zu einer rentablen Investition. Die Parteiführung der SED und die Verantwortlichen der DEFA waren sich bereits in den Anfangsjahren der Reihe des Potenzials dieser Kurzfilme bewusst, einen hohen Unterhaltungsfaktor sowie eine leichte Zugänglichkeit zu einem großen Publikum zu kombinieren. Aufgrund der hohen Zahl an Stacheltier-Folgen, die entweder eine erzieherische Aufgabe verfolgen oder auf eine politische Abgrenzung zu westlichen Systemen abzielen, soll das Dissertationsprojekt Aufschluss darüber geben, ob die Folgen als Instrument der Propaganda und der politischen Agitation verwendet wurden und in welcher Form ideologische Kernbereiche des DDR-Sozialismus darin inszeniert wurden.

Die Arbeit soll auf Grundlage dieses Produktionsumfangs die verhandelten Diskursformationen rekonstruieren. Anhand des Untersuchungskorpus sollen die filmischen Paradigmen mit den gesellschaftsgeschichtlichen Geschehnissen abgeglichen werden. Zudem sollen die filmischen Ausprägungen von Satire mit der sozialistischen Satiretheorie abgeglichen werden, um Aussagen darüber zu treffen, in welchem Maße satirische Kritik im Stacheltier möglich war. Daran geknüpft ist die Frage nach dem Stellenwert und der gesellschaftlichen Funktion von Satire in der Kunstproduktion der DDR sowie der Möglichkeiten von Kritik in den Massenmedien. Neben den (film)analytischen Erkenntnissen aus den einzelnen Sujets sind die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Geschehnisse in DDR und UdSSR in den 1950er und 1960er Jahren für das Vorhaben von hoher Relevanz. Vor diesem Hintergrund sollen die Inhalte der Folgen kontextualisiert und reflektiert werden. Zentrale Ereignisse sind die Entstalinisierungspolitik Chruschtschows, die Tauwetter-Periode oder der Mauerbau. Auch kulturpolitische Ereignisse wie der Bitterfelder Weg (1959-1964) oder das Kahlschlag-Plenum (1965) bilden wichtige historische Eckpfeiler. Die Inhalte der Stacheltiere sollen mitunter durch diese Ereignisse in Kontext gesetzt werden.

Der Produktionsumfang des Stacheltiers umfasst etwa 270 Sujets, von denen zahlreiche Folgen entweder verboten wurden, gekürzt beziehungsweise umgearbeitet werden mussten oder bei denen es

gar nicht zu Dreharbeiten kam, sondern die Treatments und Drehbücher bereits zurückgewiesen wurden. In diese Prozesse waren staatliche Stellen wie die Hauptverwaltung Film (HV Film) und das Ministerium für Kultur involviert. Die Sichtung und Auswertung der entsprechenden Akten (etwa zu Zulassung und Ablehnung von Sujets) im Bundesarchiv soll einen wichtigen Teil der Quellengrundlage der Arbeit darstellen. Daraus ergibt sich neben einem filmanalytischen sowie dem damit verbundenen mentalitätsgeschichtlichen Ansatz auch ein institutionsgeschichtlicher Ansatz, bei dem das Quellenstudium von Akten der DEFA und der SED-Organe Aufschluss über die gesellschaftliche und politische Rolle der Stacheltier-Reihe geben soll. Durch die Aufarbeitung dieses Kapitels der DEFA kann ein maßgeblicher Beitrag zum Umgang mit Satire in der DDR und ein tiefergehendes Verständnis der SED-Kulturpolitik geleistet werden.

Kurzbiografie

Thomas Stegmaier, geboren 1993, studierte Sprach- und Textwissenschaften sowie Text- und Kultursemiotik an der Universität Passau und arbeitete dort als wissenschaftliche Hilfskraft und Lehrbeauftragter am Lehrstuhl für Neuere Deutsche Literaturwissenschaft und Mediensemiotik. Seine Masterarbeit behandelte die Duldung und Zensur von Satire- und Verbotfilmen der DEFA (1960-1965). Er promovierte bei PD Dr. Dennis Gräf zur filmischen Satire in der DDR.

vorläufige Gliederung

1. Einleitung
 - 1.1. Die Filmreihe DAS STACHELTIER innerhalb der DEFA-Filmlandschaft
 - 1.2. Forschungslage
2. Historischer Abriss deutscher Satiretheorie
 - 2.1. Bürgerliche Satiretheorien des 19. Jahrhunderts
 - 2.2. Satire in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus
3. Satiretheorie in der SBZ/DDR
 - 3.1. Zum künstlerisch-normativen Verhältnis von UdSSR und DDR
 - 3.2. Anforderungen an eine sozialistische Satire
 - 3.3. Die Rolle des Sozialistischen Realismus
4. Grenzziehungen und Belehrungen: Die frühen Jahre des STACHELTIER (1953-1955)
 - 4.1. Das suspektere System: Der Westen als das «Andere»
 - 4.2. Duldung oder Sanktionierung? : Moralische Belehrungen im Osten
 - 4.3. Unterhaltungsfilm zwischen Aufbau und Widerstand
5. Nach innen milder, nach außen härter: Das STACHELTIER in den späten 50er Jahren
 - 5.1. Das bekämpfte System: Der Westen zwischen NATO und Faschismus
 - 5.2. Kritik nach innen: Satirische Bilder von Problemen des Alltags
 - 5.3. Der Westen aus Sicht des Ostens: Die Jupp-Folgen
 - 5.4. Erste Liberalisierung der Kunstproduktion
6. Die Grenzen der Kritik: Das STACHELTIER 1960-1963
 - 6.1. Zur satirischen Verhandlung von Geschlechterrollen und Generationenkonflikten
 - 6.2. Der Erziehungsauftrag des STACHELTIER in Wirtschaft und Produktion
 - 6.3. Satire zwischen Unterhaltung und Agitation
 - 6.4. Kooperationen mit der DISTEL
 - 6.5. Zweite Liberalisierung der Kunstproduktion
7. Das Ende des STACHELTIER
 - 7.1. Gezähmte Stacheln: Paradigmen der letzten Produktionen
 - 7.2. Transformation der Reihe / Nachfolgereihen
8. DDR-Satire nach dem STACHELTIER
 - 8.1. Das Kahlschlag-Plenum 1965
 - 8.2. Die Satiredebatte in den 1970er Jahren

Anhang

Die Suchdienste des Deutschen Roten Kreuzes in der Bundesrepublik und DDR. Eine Beziehungsgeschichte zwischen humanitärem Auftrag und Politik im Kalten Krieg, 1946 bis 1994

von Kristina Gunne

Die Endphase des Zweiten Weltkrieges und die unmittelbare Nachkriegszeit brachten Fluchtbewegungen, Deportationen und unorganisierte Truppenbewegungen. Von unzähligen Menschen fehlte zu Kriegsende jede Spur. Jeder vierte Bewohner in Deutschland war entweder vermisst oder selbst auf der Suche nach seinen Angehörigen. Die Folge war die größte Vermisstensuche in der Geschichte.

Auf der Suche hinterließen die Menschen in Städten ihre Gesuche an Hauswänden, Litfaßsäulen oder Straßenlaternen. Diese zunächst unorganisierten und improvisierten Eigeninitiativen führten in den vier Besatzungszonen zur Gründung privater, wohlfahrtsorganisatorischer sowie staatlicher Suchdienste. Die Teilung Deutschlands in West und Ost ließ schließlich zwei Suchdienste entstehen: die Suchdienstarbeitsgemeinschaft in den westlichen Besatzungszonen und der Suchdienst für vermisste Deutsche in der sowjetischen Besatzungszone. Die Erfolge der Suche hingen aber wesentlich von der Reichweite und der Kooperation der Suchdienste ab. So gab es zu Beginn durchaus Bestrebungen für einen gesamtdeutschen Suchdienst, die 1946 zur ersten Suchdienstvereinbarung führten.

Mit der Gründung zweier deutscher Staaten 1949, fanden diesen Anstrengungen allerdings ein Ende. Die Suchdienste in der Bundesrepublik und der DDR institutionalisierten sich getrennt voneinander: In der Bundesrepublik erteilte das Bundesministerium des Innern 1950 dem DRK den staatlichen Suchauftrag. In der DDR war der Suchdienst für vermisste Deutsche seit 1949 der Volkspolizei unterstellt. Die Zusammenarbeit zwischen den beiden deutschen Suchdiensten wurde fortgesetzt und schließlich im Januar 1955 auf eine gemeinsame Wertebasis gestellt, als die Suchdienstaufgabe auch in der DDR an das neu gegründete DRK in der DDR übergeben wurde. Nachdem dieses 1954 vom Internationalen Komitee des Roten Kreuzes (IKRK) anerkannt worden war, konnten die beiden DRKs als gleichberechtigte Partner zusammenarbeiten und unterlagen fortan einer gemeinsamen Wertegemeinschaft, die den humanitären Auftrag und die bewusst apolitische Haltung des Roten Kreuzes ins Zentrum ihrer Arbeit stellten. Dennoch agierten sie nicht unabhängig von den politischen Krisen und der deutsch-deutschen Politik im Kalten Krieg.

Das Dissertationsprojekt nimmt diese gemeinsame Haltung der DRK-Suchdienste zum Ausgangspunkt seiner Betrachtungen. Ziel ist es eine Beziehungsgeschichte beider deutscher Staaten im Bereich der humanitären Arbeit zu schreiben. Als Akteure der gleichen Organisation und dennoch als eigenständige kooperierende Gesellschaften bieten sie die Basis zu einer verflochtenen deutsch-deutschen Geschichte und verzahnen organisations- und humanitätsgeschichtliche Aspekte. Das Projekt analy-

siert anhand von drei Arbeitsfeldern der Suchdienste – dem Kindersuchdienst, der Familienzusammenführung und der Betreuung deutscher Häftlinge in den Gefängnissen der DDR – seine Rolle als Akteur zu sich selbst, in Politik und Gesellschaft und auf internationaler Ebene und fragt dabei nach gesellschaftlicher Wahrnehmung und nationaler wie internationaler Bedeutung der Suchdienste.

Auf Basis von Verwaltungsschriftgut und den Fallakten einzelner Personen aus dem Archiv des Suchdiensts des Deutschen Roten Kreuzes ist es möglich, die konkrete Zusammenarbeit der Suchdienste zu skizzieren. Um einen vertiefenden Einblick in die äußeren Einflussphären beider DRK Suchdienste zu gewinnen und die Möglichkeiten und Grenzen ihrer Zusammenarbeit ausloten zu können, werden Ministeriumsakten aus dem Bundesarchiv sowie Schriftgut aus dem Stasi-Unterlagen-Archiv und dem Archiv des IKRK hinzugezogen. Somit verknüpft das Projekt die Organisationsgeschichte der beiden Suchdienste mit individuellen Schicksalen aus der Geschichte und zeigt, welche Konsequenzen und Bedeutung die humanitäre Arbeit über die Grenzen des „Eisernen Vorhangs“ hinweg auf den Alltag der deutschen Bevölkerung hatte.

Kurzbiografie

Kristina Gunne, 1993 in der Nähe von München geboren, studierte Geschichte und Politikwissenschaften in München und Wien. Neben dem Studium arbeitete sie als Praktikantin und Werkstudentin in Stiftungen oder Verlagen. Zuletzt kuratierte sie am Museum und Geschichtszentrum Mühlendorf/Inn und ist seit Juli 2021 am Institut für Zeitgeschichte München-Berlin (IfZ) Wissenschaftliche Hilfskraft. Ihre Dissertation wird von Prof. Dr. Magnus Brechtken vom IfZ betreut.

vorläufige Gliederung

- 1) Einführung
- 2) Die Suchdienste der Bundesrepublik und DDR vor der Übernahme des DRK
 - a) Der Weg zur Suchdienstvereinbarung 1946
 - b) Die Suchdienstarbeitsgemeinschaft in der Bundesrepublik
 - c) Der Suchdienst für vermisste Deutsche in der DDR
 - d) Die Anerkennung der Suchdienste als gleichberechtigte Partner des IKRK
- 3) Arbeit des Kindersuchdiensts
 - a) Erste gemeinsame Projekte – das Kindersuchbildheft
 - b) Der Kindersuchdienst als Motor gemeinsamer Kooperationen?
 - c) Der Kindersuchdienst in der öffentlichen Wahrnehmung
- 4) Familienzusammenführung
 - a) Die Zusammenführung von Familien in den 1950er Jahren
 - b) Neue Trennungsfälle – die Errichtung der innerdeutschen Grenze
 - c) Angespante Lage – die Suchdienstarbeit begleitet von politischen Stimmungswechseln
 - d) Die KSZE-Verhandlungen – Neuausrichtung der Familienzusammenführung
- 5) Betreuung von Häftlingen in Gefängnissen der DDR
 - a) Aufbau von Geld- und Paketsendungen in die Haftanstalten der DDR
 - b) Persönliche Austausch zwischen Insassen und Angehörigen
 - c) Einsatz für Hafterleichterungen in Gefängnissen der DDR
 - d) Freilassungen deutscher Häftlinge seit Ende der 1960er Jahre
- 6) Wiedervereinigung der DRK-Suchdienste
 - a) Vereinbarung zur Verschmelzung der Suchdienste
 - b) Der Umzug nach München und Hamburg
- 7) Fazit

Antireligiosität in erster Instanz? Scheidungsurteile in der SBZ/DDR und in Volkspolen am Beispiel der Gerichtspraxis in Mecklenburg-Vorpommern (1945-1958) und in Pomorze Zachodnie (1945-1956)

von Paweł Kaźmierski

Die Religionsfreiheit wurde in den Verfassungen der DDR und Volkspolen (Polska Ludowa) garantiert. In der Rechtswirklichkeit war sie jedoch nicht gesichert. In der Demokratie sichern die Grundrechte die Freiheitsrechte gegenüber staatlicher Willkür. Die „sozialistischen“ Grundrechte basierten dagegen auf dem Primat des gesellschaftlichen Interesses und dienten der kommunistischen Parteiführung zur Gestaltung und Erziehung der Gesellschaft. Eine „erzieherische Rolle“ besitzt auch die Justiz, was sich in der Rechtsprechung widerspiegeln sollte. In einer sozialistischen Gesellschaft sollte die Religion keine relevante Rolle spielen. Die christlichen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger wurden im Familienrecht diskriminiert, was insbesondere das Scheidungsrecht betraf. Nach Auffassung der kommunistischen Parteiführung sollte das Scheidungsrecht ein Mittel zur Gestaltung der Gesellschaft „im Geiste der Sozialismus“ sein.

Das Promotionsvorhaben erforscht das Spannungsverhältnis zwischen dem sozialistischen Familienrecht einerseits und der Religionsfreiheit andererseits. Die Einschränkungen der Religionsfreiheit werden in der Gerichtspraxis in Ehescheidungssachen „in der ersten Instanz“ untersucht. Die Untersuchungsgebiete sind Mecklenburg-Vorpommern (Bezirke Rostock, Neubrandenburg und Schwerin) sowie „Westpommern“ (Pomorze Zachodnie). Beide Gebiete waren im Jahre 1945 von Grenzänderungen und Umsiedlungen stark geprägt. Nach kommunistischer Auffassung sollte die Umformung eines „neuen“ Menschen ausgerechnet in einem Mosaik aus Einheimischen und Umsiedlern erheblich erleichtert werden. Durch den Kontrast einer traditionell mehrheitlich evangelisch-lutherischen Gesellschaft mit der überwiegend römisch-katholischen polnischen kann die Dauerhaftigkeit der Versuche zur Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft beleuchtet werden. Der zeitliche Rahmen der Untersuchung erstreckt sich vom Jahr 1945 bis 1956/1958 mit wichtigen politischen Ereignissen in der DDR (V. Parteitag der SED, Juli 1958) und in Volkspolen (Anfang Ära-Gomułka, Oktober 1956).

Die antireligiöse Diskriminierung im Gerichtsverfahren konnte sich in zweierlei Hinsicht widerspiegeln. Erstens, bei religiös-weltanschaulichen Differenzen der Parteien wurde dem Scheidungsbegehren des „fortschrittlichen“ Ehepartners stattgegeben, obwohl der religiöse Ehepartner an der Ehe festhalten wollte. Zweitens, die Übertragung des elterlichen Sorgerechts auf einen Elternteil konnte im Gerichtsverfahren zugunsten des atheistischen Elternteiles zum Nachteil des religiösen erfolgen, was „Erziehung im Geiste der Sozialismus“ garantieren sollte.

Im Projekt werden folgende Forschungsfragen beantwortet: Waren die Scheidungsurteile kurz nach 1945 oder erst seit dem „Aufbau des Sozialismus“ (DDR 1952, Volkspolen 1949) antireligiös ausgerichtet? Wie wurden im Gerichtssaal die „fortschrittlichen“ Personen gegenüber religiösen bevorzugt? Wie oft wurden die weltanschaulichen Auseinandersetzungen als Scheidungsgrund „ausgenutzt“? Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede charakterisierte die „Antireligiosität in erster Instanz“ in Ostdeutschland und Volkspolen?

Als Quellengrundlage werden die fast unbekanntesten Bestände der Gerichts- bzw. Staatsarchive in Greifswald und Stralsund (eh. DDR-Norden), sowie Stettin und Stolp (Westpommern, Polen) dienen. Darüber hinaus werden die archivalischen Gesetzgebungsmaterialien zur Entwicklung des Familienrechts nach 1945, Gesetzblätter, offizielle Entscheidungssammlungen der obersten Gerichte beider Länder, sozialistische Fachzeitschriften und die relevante Sekundärliteratur ausgewertet.

Eine Darstellung der bisher unbekanntesten Rechtsprechung auf den Gebieten von Mecklenburg-Vorpommern und Pomorze Zachodnie kann die Aufarbeitung der antireligiösen Rechtsanwendung im vergleichenden Kontext der DDR und Volkspolen ermöglichen. Die Ergebnisse ergänzen den Forschungsstand über die Differenzierung der Mechanismen rechtlicher Diskriminierung von Staatsbürgern wegen ihres religiösen Bekenntnisses im Ostblock.

Kurzbiografie

Pawel Kazmierski, geb. in Stettin/Polen, studierte Rechtswissenschaften an der Jagiellonen-Universität Krakau (Magisterstudium) sowie an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (Masterstudiengang „LL.M.“). Er war tätig im Forschungsprojekt zur Digitalisierung des alten polnischen Rechts. Er erhielt Stipendien von KAAD, DAAD und GSHS Mainz (Exposé-Stipendium, 1. Kohorte). Seine Promotion wird seit Oktober 2021 von Prof. Maciej Mikuła (Krakau) und von Prof. Dr. Adrian Schmidt-Recla (Jena) betreut.

vorläufige Gliederung

Einleitung (Ziel der Arbeit, Forschungsstand, Gang der Untersuchung, Quellenbasis)

Kapitel I: Überbau ohne Basis - Die sozialistische Grundrechtskonzeption

- 1.1. Individuum und Gesellschaft im Denken von Karl Marx
- 1.2. „Opium für das Volk“: Religionskritik im Marxismus
- 1.3. Grundlagen der sozialistischen Staats- und Rechtstheorie
- 1.4. Von den Grundrechten zu den „sozialistischen Persönlichkeitsrechten“
- 1.5. Fazit

Kapitel II: Die verfassungsrechtlichen Bestimmungen der Religionsfreiheit

- 2.1. Zum Begriff der individuellen und korporativen Religionsfreiheit
- 2.2. Das Verfassungsrecht der SBZ/DDR
 - 2.2.1. Die „Kirchenartikel“ der WRV als Vorgeschichte des Verfassungsrechts der SBZ/frühen DDR
 - 2.2.2. Die Bestimmungen der Landesverfassungen in der SBZ
 - 2.2.3. Art. 41-42 der DDR-Verfassung vom 7.10.1949
 - 2.2.4. V. Parteikonferenz der SED und ihre Bedeutung für das Verfassungsrecht der DDR
- 2.3. Das Verfassungsrecht in Volkspolen
 - 2.3.1. Verfassungsrechtliche Übergangsperiode von 1944/1945 bis 1952
 - 2.3.2. Art. 70 der Verfassung der Volksrepublik Polen vom 22.7.1952
- 2.4. Fazit

Kapitel III: Arbeitsgrundlagen der Gerichte in Ehesachen

- 3.1. Gerichtsaufbau und Zuständigkeit in Ehesachen
 - 3.1.1. Land Mecklenburg-Vorpommern bzw. die DDR-Nordbezirken
 - 3.1.2. Westpommern (Pomorze Zachodnie) bzw. Woiwodschaften Stettin und Köslin
- 3.2. Zivilprozessverfahren in Ehesachen
 - 3.2.1. Normative Grundlagen in der SBZ/DDR von 1945 bis Ende der 1950er Jahren
 - 3.2.2. Normative Grundlagen in Volkspolen von 1945 bis Mitte der 1950er Jahren
- 3.3. Personelle Besetzung und richterliche „Unabhängigkeit“
 - 3.3.1. Entnazifizierung der Justiz: die Volksrichter in Ostdeutschland
 - 3.3.2. Justiz auf den „Wiedergewonnen Gebieten“ (Ziemie Odzyskane)
- 3.4. Fazit

Kapitel IV: Materielles Familienrecht

4.1. SBZ/DDR

4.1.1. Verfassungsrechtliche Grundlagen des Familienrechts

4.1.2. Gesetzliche Grundlagen: Ehegesetz 1938, Kontrollratsgesetz Nr. 16 (Ehegesetz) 1946

4.1.3. Entwurf des FGB und die Verordnung über Eheschließung und Eheauflösung 1955

4.2. Volkspolen

4.2.1. Verfassungsrechtliche Grundlagen des Familienrechts

4.2.2. Juristische Vielfalt in der politischen Einheit: Eherecht der polnischen

Zwischenkriegszeit und der ersten Nachkriegsmonate im Jahr 1945

4.2.3. Unifizierung des Eherechts – Dekret prawo małżeńskie vom 25.9.1945

4.2.4. Erste Kodifizierung – das Familiengesetzbuch (Kodeks rodzinny) vom 20.6.1950

4.3. Fazit

Kapitel V: Der Umgang mit der Religiosität in den Scheidungsurteilen der SBZ/DDR am Beispiel der erstinstanzlichen Gerichtspraxis in Mecklenburg-Vorpommern bzw. in den DDR-Nordbezirken

5.1. Der Aktenbestand im Land Mecklenburg-Vorpommern (Gerichtsarchiven, Staatsarchiven)

5.2. Statistische Auswertung der aufbewahrten Scheidungsurteile

5.3. Beispiele der antireligiösen Rechtsanwendung in der ostdeutschen Rechtsprechung

5.3.1. „Antifaschistisch-demokratische Umwälzung“ (1945-1952)

5.3.2. Zwischen Juli und Juli – der „Aufbau des Sozialismus“ von der II. Parteikonferenz der SED bis zum V. Parteitag der SED (1952-1958)

5.4. Zusammenfassung

Kapitel VI: Der Umgang mit der Religiosität in Volkspolen bzw. Volksrepublik Polen am Beispiel der erstinstanzlichen Gerichtspraxis in Westpommern (Pomorze Zachodnie)

6.1. Der Aktenbestand in der Woiwodschaft Westpommern (Gerichtsarchiven, Staatsarchiven)

6.2. Statistische Auswertung der aufbewahrten Scheidungsurteile

6.3. Beispiele der antireligiösen Rechtsanwendung in der polnischen Rechtsprechung

6.3.1. Gerichtspraxis in den ersten Nachkriegsjahren (1945-1948)

6.3.2. Gerichtspraxis in der Stalinismus-Periode (1949-1956)

6.4. Zusammenfassung

Kapitel VII: Vergleich

7.1. Gegenüberstellung

7.2. Schlussbetrachtung

Anhang

1. Auswahl der wichtigsten Gesetzestexte
2. Ausgewählte Scheidungsurteile

Quellen- und Literaturverzeichnis

1. Archivquellen
2. Verzeichnis der verwendeten Rechtsakten
3. Veröffentlichte Rechtsprechung
4. Quelleneditionen
5. Fachliteratur

Leergeräumt und ausverkauft? – Die Beschaffung von Kunstgegenständen und Antiquitäten in der DDR für den Verkauf ins westliche Ausland

von Julia Kretzschmann

Die Restitution von Kunst- und Kulturgut, das von Behörden in der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone/DDR den rechtmäßigen Eigentümerinnen und Eigentümern entzogen wurde, ist eine noch nicht abgeschlossene Aufgabe. Das hat die deutsche Bundesregierung bereits 2013 erkannt und die Forderung nach einer verstärkten Provenienzforschung in diesem Bereich in ihren damaligen Koalitionsvertrag aufgenommen. Nach wie vor muss jedoch die wissenschaftliche Basis für eine zielgerichtete Provenienzrecherche geschaffen werden. Die notwendige und längst überfällige Grundlagenforschung wird mit diesem Dissertationsprojekt umgesetzt. Das Forschungsprojekt stellt sich dem Narrativ des „kulturellen Ausverkaufs“ der DDR und setzt den Fokus auf die inländische Beschaffung von gewinnbringenden Exportwaren im Geschäftssystem der Kunst und Antiquitäten GmbH. Ziel ist es, die Verbindungen der beteiligten Akteurinnen und Akteure herauszuarbeiten und mit den Methoden der Digital Humanities transparent und nachvollziehbar zu dokumentieren. Die erhobenen Daten werden strukturiert, nachhaltig und flexibel übertragbar aufbereitet und nach Möglichkeit für die anschließende Forschung zur Verfügung gestellt. In einem experimentellen Teil der Dissertation wird erprobt, inwiefern die Praxis und die digitalen Tools der New Visual Hermeneutics zu einer analytischen Durchdringung des zu erforschenden „Beschaffungsnetzwerks“ verhelfen können. Die digital durchgeführte Soziale Netzwerkanalyse ist eine sehr ausdifferenzierte, stark theoriebasierte Methode, die unbedingt eines angemessenen und reflektierten Einsatzes bedarf. Nicht die einzelnen Akteure stehen im Mittelpunkt, sondern deren Beziehungen untereinander. Sorgfältig angewendet und mit möglichst vollständigen Datensätzen unterfüttert, ist die Digitale Netzwerkanalyse eine zukunftsweisende und Erkenntnis generierende Methode in der Provenienz- und Kunstmarktforschung – so die Hypothese, die es zu überprüfen gilt.

Die Kunst und Antiquitäten GmbH (KuA) firmierte im Zeitraum von 1973 bis 1990 als Außenhandelsunternehmen im Bereich Kommerzielle Koordinierung (KoKo) unter dem Devisenbeschaffer Alexander Schalck-Golodkowski (1932-2015). Für die DDR wurden die überlebensnotwendigen Devisen immer knapper. Damit stieg der Druck, gewinnbringend zu exportieren und es mussten neue Bezugsquellen für das Exportgeschäft her. Weil auch die lukrativen Kulturgüter weniger wurden, kam es zu Enteignungen von Kunsthändler:innen und Sammler:innen. Das offiziell im Zusammenhang mit Steuerverfahren konfiszierte Kulturgut wurde in der Regel durch die KuA devisenbringend ins westliche Ausland verkauft – so viel ist bekannt. Die meist fingierte Kriminalisierung und Enteignung von ca.

220 Kunstsammelnden scheint dabei nur die Spitze eines perfiden und weit verzweigten Geschäftssystems zu sein, das zum großen Teil noch unerforscht ist.

Die Leitfrage am Anfang des Promotionsprojektes war, inwiefern es sich bei den Praktiken der KuA tatsächlich um einen „totalen Ausverkauf“ der DDR handelte. In welchem Maß sind auch der private Handel, das Tauschen und das Sammeln von Kulturgütern zum Erliegen gekommen? Welche Geschäftszweige und Praktiken haben KoKo und KuA überlebt oder etwa etabliert und zu welchem Preis? Der Fokus lag zunächst auf den Ankaufs- und Beschaffungsmaßnahmen im Inland der DDR. Jene Besorgungen sollten durch die Einkaufsorganisation – den Volkseigenen Betrieb (VEB) Antikhandel Pirna geleistet werden. Offiziell war der Antikhandel ein von der KuA unabhängiger Betrieb, de facto unterstand er jedoch vollständig der Export-GmbH. Deshalb wurden zunächst die Organisation und die Mitarbeiter:innenstruktur des Antikhandels Pirna sowie dessen Querverbindungen zu den staatlichen Behörden und privaten Akteurinnen sowie Akteuren in den Fokus genommen. Das Vorgehen fußt auf der Annahme, dass gerade die Einkäufer:innen über einen besonderen Zugang zum Kunstmarkt und entsprechende Netzwerke verfügten. Entlang der graduell nachgespürten Verbindungslinien wird im Verlauf der Forschung ein differenziertes Bild vom Kunst- und Antiquitätenmarkt in der DDR sowie von den Kreisen und Netzwerken entstehen. Demnach werden auch die Verbindungen zu Kunstsammelnden und privaten Händlerinnen und Händler nachvollzogen werden.

Das etablierte Narrativ vom „kulturellen Ausverkauf“ wird anhand von erstmals zugänglichen Quellen und mit wissenschaftlichen Methoden der Digital Humanities hinterfragt, fundiert und visualisiert werden. Dabei werden traditionelle geschichtswissenschaftliche Methoden mit digitaler Datenmodellierung kombiniert. Im hermeneutischen Prozess der inhaltlichen Durchdringung greifen analoge und digitale Prozesse eng ineinander und ergänzen sich auf besondere Weise. Um eine Auswahl an Quellen zu digitalisieren und die historischen Ereignisse im Vorgang der „Kunstbeschaffung“ als Daten erfassen zu können, muss schon zu Beginn antizipiert werden, welche Entitäten und Faktoren für die spätere Forschung mit diesen Daten wichtig sind. Um Daten sinnvoll und nachhaltig erheben zu können, bedarf es einer sehr guten Kenntnis des Gegenstandes und der daraus hervorgehenden Erkenntnismöglichkeiten. Dementsprechend muss zunächst eine analoge Analyse und Auswahl der Informationen und Daten erfolgen, um diese dann zu standardisieren und in ein geeignetes Datenbankmodell zu überführen. Daran knüpft sich die drängende Frage nach einer digitalen Forschungsinfrastruktur an, die auch immer wieder in aktuellen Diskursen der Provenienzforschenden aufgegriffen wird. Der Bedarf für umfassende digitale Lösungskonzepte liegt auf der Hand. Die digitalen Arbeitsstrukturen sollten so angelegt sein, dass Forschende ohne Mehraufwand Materialien und Ergebnisse transparent und adäquat, nach einheitlichen Schemata und standardisierten Verfahrens-

weisen bündeln, dokumentieren und auswerten können. So fordert es Meike Hopp, Juniorprofessorin für Digitale Provenienzforschung und Betreuerin dieser Arbeit. Dabei sollte das hinterlegte objekt- und personenbezogene Datenmaterial für Forschende jederzeit auf dem aktuellen Stand zugänglich und projektübergreifend vergleich- und kombinierbar sein. Nicht zuletzt die persönliche Erfahrung nach einem Jahr der intensiven Akten- und Archivrecherchen überzeugt davon, dass die Provenienzforschung nicht länger in Einzellösungen, in simplen linearen Strukturen organisiert werden kann, sondern unbedingt flexible digitale Strategien benötigt. Dieser (Selbst-)Anspruch kann griffig mit dem Akronym FAIR data zusammengefasst werden. Darin verbinden sich die Leitprinzipien der datenbasierten Forschung: Findability, Aaccessibility, Interoperability und Reusability.

Im ersten Jahr der Förderung durch die Bundesstiftung erfolgte die analoge Recherche in den relevanten Archiven. Angesichts der Umstände, dass die Provenienzforschung generell und speziell im Bereich SBZ/DDR noch nicht etabliert ist, die Aktenlage sehr diffus ist und vor allem auch die Recherche im Stasi-Unterlagen-Archiv zufallsbehaftet und zeitaufwendig ist, kann im Rahmen der Dissertation kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben werden. Diese Feststellung mag banal anmuten, ist aber ein wichtiger Faktor bei der jetzt anstehenden Konzeptionierung des Daten(bank)modells und bei der späteren Digitalen Netzwerkanalyse. Das Modell der Datenbank und die darin gesammelten Informationen sollte deshalb unbedingt flexibel übertragbar, anschluss- und ausbaufähig sein. Die digitale Netzwerkanalyse ist von vornherein als Experiment geplant. Durch sie sollen vielmehr die Methodik und die potenziellen Erkenntnismöglichkeiten reflektiert werden, als dass sie fest als erkenntnisgenerierendes Instrument im Prozess der Datenauswertung eingeplant ist.

Die analoge Sichtung und zunächst oberflächliche Bearbeitung der heterogenen Akten ließ erste Schlüsse im Hinblick auf die Beschaffenheit und korrespondierende bestmögliche Erschließung des Forschungsfeldes „Binnenkunstmarkt in der DDR“ zu. Das nicht allzu überraschende Zwischenfazit auf der konzeptuellen Metaebene lautet: Alles hängt mit allem zusammen. Netzwerke und vor allem persönliche Beziehungen scheinen den Handel mit und die Verlagerungen von Kulturgütern über Jahre und teilweise Jahrzehnte maßgeblich bestimmt zu haben. Interessanterweise lassen sich bereits bei einzelnen Akteur:innen je nach Quelle Doppelrollen, mehrere Funktionen und einige Querverbindungen zu Personen und Institutionen feststellen – ein weiterer Faktor, der die vorangestellte Beobachtung untermauert: Das Beschaffungsnetzwerk und Exportgeschäft der Kunst und Antiquitäten GmbH lässt sich rückblickend nicht in Opfer- und Täterseite einteilen, sondern stellt sich mehr und mehr als vielschichtiges System aus Mitwissenden und Nutznießenden heraus. Diese Graubereiche und bisher verborgenen Verbindungslinien gilt es sichtbar zu machen. Gleichzeitig müssen aber auch Unsicherheiten und Evidenz- sowie Provenienzlücken abgebildet werden.

Gesichtet wurden einschlägige KuA-Geschäftsunterlagen im Bundesarchiv. Im Stadtarchiv Pirna konnten die überlieferten Geschäftsunterlagen und Personalakten des VEB Antikhandel Pirna gesichtet werden. Die Recherche im Stasi-Unterlagen-Archiv (StUA) erfolgte sukzessive verteilt über das ganze Jahr und konnte durch das hinzugewonnene Wissen über damals bestehende persönliche Verstrickungen und geschäftliche Beziehungen immer mehr verfeinert und zielgenauer durchgeführt werden. Dank des wertvollen Hinweises einer Kollegin an der TU sind Ermittlungsakten des Berliner LKA als Recherchequelle auf den Forschungsplan getreten. Dort konnten die Ermittlungsakten zu Kunstdelikten der Zentralen Ermittlungsstelle für Regierungs- Vereinigungskriminalität (ZERV) gesichtet werden. Die Dokumente befinden sich in Leitzordnern oder teilweise als lose Papierstapel in Kartons. Die Unterlagen sind weder annotiert noch nach archivarischen Prinzipien sortiert. Neben Zeugenaussagen fanden sich Ermittlungsnotizen, Gutachten und Geschäftsunterlagen. Vonseiten des LKA durften die Unterlagen für die eigene Forschung abfotografiert werden, was einen Ordner mit tausenden Scans ergab. Im Nachgang wurde noch einmal geordnet, auf Relevanz geprüft und sukzessive OCR-optimiert. Im Hinblick auf die Veröffentlichung muss der Datenschutz eigenverantwortlich eingehalten werden.

Ein anschauliches Beispiel für die Rollen-Kollision innerhalb des inländischen Kunsthandelsnetzwerks bietet die Personalie Georg Kühler¹. Als IM Erich übermittelte der Einkäufer des VEB Antikhandel Pirna dem MfS wertvolle Hinweise zu Spekulantenkreisen. Über Kühlers eigene illegale Geschäftspraktiken und Spekulationen mit Kunstgut und Edelmetallen hat die Stasi zunächst hinweggesehen. Die von Kühler gelieferten Informationen schienen wertvoller als der durch ihn verursachte volkswirtschaftliche Schaden. Nachdem Kühler 1982 als IM kaltgestellt wurde, eröffnete das MfS im folgenden Jahr den Operativvorgang „Perle“ gegen ihn und setzte für seine Observation mehrere IMs ein. Die Studie beider Aktenvorgänge – IM-Akte Erich und OV Perle – verdeutlichte die Multiperspektivität, die die Erforschung der Kunstgeschäfte in der DDR mit sich bringt.

Mithilfe einer virtuellen Forschungsumgebung sollen die Mechanismen der Kunstbeschaffung und -verlagerungen in ein digitales Wissensnetz übertragen werden, sodass eine multiperspektivische Sicht ermöglicht wird. Idealerweise werden durch die zielführende Vernetzung und mithilfe der Visualisierung der teils nicht mehr überschaubaren Menge an Daten Mechanismen greifbar gemacht, die mit analogen Methoden nicht zu erreichen sind. Eine Netzwerkvisualisierung funktioniert zudem, ohne die Veröffentlichung datenschutzsensibler Informationen. Diese werden trotzdem als strukturierte Daten hinterlegt sein. Das bietet einerseits die Möglichkeit der Replikation und zum anderen

¹ Name zum Schutz der Persönlichkeit geändert.

können die Daten gegebenenfalls für im Anschluss forschende Wissenschaftler:innen und Institutionen freigegeben werden.

Kurzbiografie

Julia Kretschmann, 1988 in Berlin geboren, studierte Kunstgeschichte, Philosophie und Sinologie an der Goethe Universität in Frankfurt am Main. Neben dem Studium war sie am Städel Museum im Bereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit tätig. Seit 2019 arbeitet die Kunsthistorikerin in der Provenienzforschung. Ihre Promotion wird seit 2021 durch die Juniorprofessorin für Digitale Provenienzforschung Maike Hopp an der Technischen Universität Berlin betreut.

vorläufige Gliederung

1. Einleitung

- 1.1. Forschungsfeld und Forschungsstand
- 1.2. Problemstellung und Forschungsfragen
- 1.3. Vorgehensweise und Methode
- 1.4. Quellenlage und Untersuchungsgegenstände

2. Hinführung zum Thema

- 2.1. Die Außenwirtschaft und die Entwicklung des Devisenmangels in der DDR
- 2.2. Der Kunstmarkt und -handel in der DDR bis 1973
- 2.3. Die Entstehung und Etablierung der Kunst und Antiquitäten GmbH im Bereich Kommerzielle Koordinierung
- 2.4. Die Monopolisierung des privaten Kunsthandels durch die KuA

3. Die Beschaffung und Erschließung von Kulturwaren für den Export

- 3.1. Die Rolle des Staatlichen Kunsthandels
- 3.2. Zusammenarbeit zwischen SKH, KuA und Antikhandel Pirna
- 3.3. Zusammenarbeit mit den Räten und Kreisen der DDR

4. Private Kunstmarktaktivitäten und Akquise der Objekte

- 4.1. Möglichkeiten des privaten Handelns und Tauschens in den 1970er und 80er Jahren
- 4.2. Der Antikhandel Pirna
- 4.3. Rolle der Kulturabteilungen der Räte und Kreise bei der Erschließung von privatem Kunstbesitz

5. Netzwerke

- 5.1. Akteur:innen
- 5.2. Die Rolle der Einkäufer:innen
- 5.3. Verbindungen zum MfS

6. Schmuggel und illegitime Verschleppung

- 6.1. Unterbindung und Möglichkeiten des Schmuggels von Kulturwaren
- 6.2. Straftaten und Schmuggel im Einkaufsbereich des Antikhandel Pirna

7. Die Erfahrung von Zeitzeug:innen

7.1. Auswertung der Interviews von Blutke, Bischof und dem Bundesarchiv

7.2. Auswertung der selbst durchgeführten Interviews

8. Fazit/Diskussion

8.1. Mythos Ausverkauf

8.2. Das private Sammeln in der DDR und nach der Wende

8.3. Der private Kunsthandel in der DDR und nach der Wende

9. Anhang

10. Verzeichnisse

Expertise in der Transformationsgesellschaft: Narrative Gestaltung und Rezeption des Erinnerungsdiskurses an Transformation

von Laura Mues

Noch immer ist der ost-westdeutsche Erinnerungsdiskurs über die Transformationserfahrungen seit 1989 häufig von gegenseitigem Unverständnis sowie stereotypisierenden Selbst- und Fremdbildern geprägt. Das Begriffspaar *Besserwessi* und *Jammerossi* wurde dabei zum Ausdruck tiefer Frustration über das Beanspruchen der praktischen gesellschaftlichen Deutungshoheit über die Frage des *Aufbau Ost* durch westdeutsche Expertinnen sowie Experten – und zwar sowohl in dem ursprünglich überwiegend wirtschaftlich gedachten Rahmen des Maßnahmenpakets als auch in einem alsbald ausgeweiteten gesellschaftlichen Verständnis. Diese Frustration wurde durch die de facto Ausweitung des zunächst fachlich-qualifizierten Expertentums auf die Gesamtheit der Westdeutschen noch verstärkt. Ihr vierzigjähriger Wissensvorsprung, so die Argumentation, versetze sie in eine gesellschaftliche Beratungsposition den Ostdeutschen gegenüber. Dieses von Ostdeutschen häufig als Arroganz und Bevormundung empfundene Verhalten ist seitdem zum Gegenstand einer umfangreichen wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Auseinandersetzung geworden.

Das gegenseitige Verhältnis wird außerdem dadurch belastet, dass Transformation gesamtgesellschaftlich – das heißt westdeutsch dominiert – nach wie vor oft als ein auf die (frühen) 1990er Jahre beschränkter Prozess wahrgenommen und kommuniziert wird. Damit einher geht das Absprechen einer noch immer bestehenden lebensweltlichen Relevanz von Erfahrungen der DDR-Sozialisierung, der Wiedervereinigung selbst und der anschließenden Transformationszeit – kurz des Identifikationsangebots *Ostdeutschland* als relevanter Größe. Doch was ist es, was *Ostdeutschland*, was dieses *Ostdeutschsein* ausmacht? In einer diskursanalytisch ausgerichteten Herangehensweise sollen dazu in diesem Promotionsprojekt mediale Konstruktionen der Kategorien *Ostdeutschland* bzw. *ostdeutsch* und *Westdeutschland* bzw. *westdeutsch* untersucht werden. Dazu sollen anhand wiederkehrender Symbole, Rhetoriken und Praktiken als konstituierend empfundene Merkmale von Ost- und Westdeutschen identifiziert werden. Im Zentrum dieser Auseinandersetzung steht dabei die Dekonstruktion, Kategorisierung und Kontextualisierung medialer Selbst- und Fremddarstellungen, vor allem im öffentlich-rechtlichen Fernsehen.

Die Operationalisierung des Projektzugriffs erfolgt dabei zum einen über den Themenkomplex *Raum* und *Identität* sowie zum anderen über das Cluster *Gedächtnis* und *Erinnerung*.

Die Inbegriffnahme, das zu Eigen machen von und die Verfügung über *Raum* soll dabei nicht nur in einem physischen, sondern auch in einem sozialen, emotionalen und mentalen Sinn verstanden werden, welche sich in Versprachlichungs- und Bildpraktiken niederschlägt. Über diese konkreten Praktiken soll ein Zugriff auf die Handlungs- und Deutungslogiken der medial-öffentlich handelnden Perso-

nen erfolgen. Die Frage ist dabei nicht nur, auf welche Art und Weise *Ost- und Westdeutschland* kommuniziert wird und wie Personengruppen diesen *Räumen* zugerechnet werden, sondern eben auch wer über diese *Räume* spricht und für sich einen Platz im öffentlichen Diskurs einfordert. Einen entscheidenden Teil dieses Diskurses stellt die Reproduktion und Legitimierung von Erinnerungsnarrativen an die DDR, die Jahre 1989/1990 sowie die daran anschließende Transformationszeit dar. Eine Trennung scheint dabei zwischen rückwärtsblickenden Erinnerungs- und gegenwartsblickenden Identifizierungsdiskursen nicht sauber möglich zu sein, sodass ein vergleichend-verbindender Blickwinkel auf den Themenkomplex der Realität der Diskurspraktiken angemessener erscheint.

Kurzbiografie

Laura Mues, geboren 1996 in Köln, studierte Geschichte und Englisch an der Universität zu Köln und der University of Bristol. Währenddessen arbeitete sie u.a. am Projekt Geschichte der Universität zu Köln seit 1919 mit. Ihre Masterarbeit erforschte die Selbstkonstruktion individueller und kollektiver Generationszugehörigkeit von Wendekindern und Nachwendekindern. Ihre Dissertation wird seit 2022 durch Prof. Dr. Constantin Goschler (Bochum) betreut.

vorläufige Gliederung

1. Einleitung

2. Methodischer und Forschungstheoretischer Zugriff
 - 2.1. Konkrete, soziale und emotionale Raumanalyse: *Ostdeutschland* und *Ostdeutschsein*
 - 2.2. Die Ergründung zeitgenössischer Sagbarkeitsgrenzen: *Historische Diskursanalyse*
 - 2.3. *Erinnerung* und *Gedächtnis* als analytischer Zugriff auf Diskurs
 - 2.4. Das Medium *Fernsehen* als historischer Untersuchungsgegenstand

3. Diskursanalytische Medienanalyse: Die Konstruktion von Ost- und Westdeutschen im BRD-Fernsehen
 - 3.1. Polit-Talkshows
 - 3.2. Tages- bzw. Wochenaktuelle Politmagazine
 - 3.3. Dokumentationen und Reportagen
 - 3.4. Spielfilme

4. Fazit

Schule im Umbruch – Die Transformation des sächsischen Schulwesens am Beispiel des Schulbezirks Leipzig (1980-2005)

von Erik Fischer

„Für die tägliche Pädagogische Arbeit ändert sich nichts, der Kongress war vertane Zeit“ – so notiert ein IM der Staatssicherheit die Reaktion in einem Leipziger Lehrer:innenzimmer, in Folge des IX. Pädagogischen Kongresses im Juli 1989. Auf diesem bildungspolitischen Großereignis versicherten sich die bildungspolitischen Führungskräfte um Margot Honecker ihrer erreichten Erfolge und propagierten die Notwendigkeit zur weiteren Intensivierung der „sozialistischen Erziehung“ der Schülerinnen und Schüler. Das repetitive Bestärken der eigenen Erfolge und die Verhinderung von Reformdiskursen im Bildungssystem hatte in der DDR zu diesem Zeitpunkt schon Tradition. Dieses System war seit den 1960er Jahren hinsichtlich der Inhalte, des Aufbaus und der personellen Besetzung einheitlich strukturiert und durch das Ministerium für Volksbildung straff geführt. Aus Sicht der politischen Führung galt das Bildungssystem als eine der herausragenden Errungenschaften der DDR. Die flächendeckende Kinderbetreuung, die pädagogische Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer sowie soziale Ausgleichsfunktion bildeten das argumentative Gerüst dieser Sichtweise. Unweigerlich stand diesen postulierten Vorzügen die ideologische Durchdringung der Bildungsinstitutionen bzw. -inhalte sowie die staatliche Regulierung des Bildungszuganges gegenüber.

Vor diesem Hintergrund kann es kaum überraschen, dass sich Reformideen und -überlegungen nicht erst im Herbst 1989 entwickelten. Vielmehr lassen sich seit den späten 1970er Jahren, insbesondere seit der Einführung des Wehrunterrichts (1978), Bestrebungen verschiedener Akteurinnen und Akteure erkennen, das Bildungssystem der DDR zu reformieren. Artikuliert wurden solche Überlegungen innerhalb verschiedener Basisgruppen, in der Friedensbewegung der DDR bzw. in Gruppierungen unter kirchlicher Ägide. Über Eingaben, (Samisdat-)Schriften und Flugblätter kritisierten sie die ideologische Ausrichtung des Unterrichts, die militärischen Inhalte, ungleiche Zugangschancen zur erweiterten Oberschule und selbst Lehrer:innen klagten in den 1980er Jahren über die schlechte Bezahlung und die hohen psychischen Belastungen. Und auch in den Klassenzimmern zeigten sich Veränderungen im Laufe der 1980er Jahre. Forschungen der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften (APW) der DDR oder des Zentralinstituts für Jugendforschung (ZIJ) wiesen beispielsweise ein nachlassendes Interesse der Schüler:innen an den Jugendorganisationen oder pessimistische Zukunftsaussichten empirisch nach. Natürlich waren diese Studien nicht öffentlich zugänglich.

Reformen im Bildungswesen waren daher auch ein zentraler Bestandteil der Forderungen von Oppositions- und Bürgerrechtsgruppen im Herbst 1989. Wenngleich den drängendsten ökonomischen und

geopolitischen Problemen der Zeit etwas nachgeordnet, galt die Neugestaltung des Bildungssystems hier als eine notwendige Bedingung im gesamtgesellschaftlichen Erneuerungsprozess.

Nach dem Rücktritt Margot Honeckers stellten sich erste greifbare Erfolge unter der Regierung Modrow, wie die Aussetzung des Wehr- und Staatsbürgerkundeunterrichts ein. An den unterschiedlichen lokalen und überregionalen Runden Tischen wurden zwischen 1989 und 1990 Diskussions- und Positionspapiere erarbeitet, welche die wesentlichen Schul- und bildungspolitischen Ideen für die Zukunft bündelten.

Eine Zäsur bildete die Volkskammerwahl im Jahr 1990, bei der Hans-Joachim Meyer Minister für Bildung und Wissenschaft wurde. In der Folge galt es nun, den Lehr- und Unterrichtsbetrieb, bei gleichzeitiger Umsetzung von Schulreformen, zu sichern. Auf übergeordneter Ebene nahm die *Gemeinsame Bildungscommission* ihre Arbeit mit dem Ziel auf, die Grundlagen für die Zusammenführung der Bildungssysteme von Ost und West zu erarbeiten. Mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik ging die „Bildungshoheit“ schließlich auf die neuen Länder über, die bei der Konzeption und Kultusverwaltung durch westdeutsche Bundesländer unterstützt wurden und die bis 1991 die Schulgesetze verabschiedeten. An dieses institutionelle Neuarrangement schloss sich ein, durch den demografischen Wandel der 1990er katalysierter, Konsolidierungsprozess an, dessen Nachwirkungen bis in die Gegenwart reichen. Nicht zuletzt wird dies am Gesetz zur Gemeinschaftsschule in Sachsen (2020) deutlich, sodass sich sogar die sächsische Bildungspolitikerin Sabine Friedel (SPD) zu der Aussage „*Nach 30 Jahren wird in Sachsen Schulfrieden hergestellt*“ hinreißen ließ.

Diese Gemengelage bildet den Untersuchungsgegenstand der als Promotionsprojekt konzipierten transformationsgeschichtlichen Lokalstudie. In dieser wird, abweichend von den bildungshistorischen Forschungen der 1990er und frühen 2000er Jahre, aber anknüpfend an aktuelle Forschungstrends zur Untersuchung von Mikroebenen im Kontext gesellschaftlicher Transformationen, der Blickwinkel gezielt auf die Leipziger Schulbezirke gelenkt. Diese Verwaltungseinheiten sind historisch gewachsen, sodass eventuelle Pfadabhängigkeiten und Brüche, insbesondere im Personalwesen, aber auch in der Schulinfrastruktur entsprechend nachvollzogen werden können. Hinzu kommt die starke Verwurzelung Leipzigs in der deutschen und europäischen reformpädagogischen Tradition im 19. und 20. Jahrhundert sowie das Selbstverständnis des organisierten Schul- und Lehrpersonals (z. B. im Leipziger Lehrerverein). An diese Traditionen knüpften Akteurinnen sowie Akteure beispielsweise durch Neugründungen und Schulumbenennungen nach 1989 an. Als „Stadt der Friedlichen Revolution“ verfügt Leipzig über eine dichte archivalische Überlieferung und Datenlage. Dies ist entscheidend, wenn man die Ebene der Schulen einbeziehen möchte.

Der lokale Zuschnitt erscheint auf den ersten Blick fragwürdig, liegt doch die Bildungspolitik seit 1990 in der Hand der Landesregierungen. An diesen übergeordneten Strukturen hat sich die bisherige Forschung hinreichend abgearbeitet, dabei jedoch die Entwicklungen auf der lokalen Ebene und etwaige Wechselwirkung zwischen Landes- und Kommunalebene ausgespart. Das ist insofern überraschend, da das Bildungssystem als Mehrebenensystem konzipiert ist und somit durch das Handeln heterogener Gruppen auf unterschiedlichen Ebenen gestaltet wird. Viele der mehrschichtigen Problemlagen, wie beispielsweise der Wandel der Schulinfrastruktur (ohnehin ein Feld der kommunalen Verwaltung), aber auch Personalüberprüfungen und Erfahrungen in den Schulen, die mit den Umbrüchen vor und nach 1989/90 in Verbindung stehen, kommen ohne eine lokale Perspektive der nachgeordneten Aufsichtsbehörden nicht aus.

Diese Lücke versucht das Projekt zu schließen, indem die langfristige Entwicklung eines einzelnen Schulbezirkes und seiner maßgeblichen Akteur:innen nachgezeichnet und vielfach räumlich kontextualisiert und mit der Makroebene vernetzt wird. Unterschieden wird im Kontext des Projekts zwischen korporativen/kollektiven und individuellen Akteur:innen, wobei die Medien, insbesondere die Berichterstattung in der (über-)lokalen Tagespresse als gesonderte Perspektive ebenfalls berücksichtigt werden.

Zunächst wurde der Untersuchungsgegenstand in unterschiedliche zeitliche Analysephasen gegliedert, die aber keinesfalls getrennt voneinander zu betrachten sind: **a) Brüche im (Bildungs-)System der DDR** zielt darauf ab, die Ursprünge unterschiedlicher Reformideen und Bildungskonzepte sowie deren Akteur:innen und Netzwerke in den 1980er Jahren zu identifizieren. Insbesondere sollen die genannten Erhebungen des ZIJ und der APW in dieses Gefüge einbezogen werden. Natürlich spielt die Überwachung und Verfolgung der Akteur:innen durch das MfS ebenfalls eine Rolle. Diese Phase schließt mit dem IX. Pädagogischen Kongress im Sommer 1989, der jegliche, bis dahin geweckte Hoffnungen auf Reformen im Bildungswesen der DDR zunichte machte.

In **b) Schule in Bewegung** wird an diese Ereignisse angeknüpft und untersucht, wie unterschiedliche Gruppen und Netzwerke von Akteur:innen bildungspolitische Ideen formten und in die Öffentlichkeit sowie die Runden Tische überführten. Das Zeitintervall zwischen Herbst 1989 und der Volkskammerwahl im März 1990 kann als gestalterisch relativ offene Zeit charakterisiert werden, in welcher Diskurse anstelle des außer Kraft gesetzten politisch-administrativen Weges traten. Als beispielhaft kann hier die 76. POS Leipzig gesehen werden, in der es bereits im November 1989 größere Gesamtkonferenzen und Foren mit allen Beteiligten gab, in denen neue Möglichkeiten, Optionen und Aufarbeitung der Vergangenheit gemeinsam erarbeitet wurden. Die Phase endet mit der Verabschiedung des Schulgesetzes für den Freistaat Sachsen. Gilt die DDR bzw. unterschiedliche Bezirke als makro-

skopischer Referenzrahmen für die lokale Untersuchung, verschiebt sich dieser zweifelsohne mit der Errichtung des Freistaat Sachsens auf die landespolitische Ebene. So wird die institutionelle Neuordnung des Schulwesens in Sachsen am Beispiel des Schulbezirks Leipzig bis zur Mitte der 1990er in **c) Hotspots der Bildungstransformation** untersucht. Als Hotspots gelten in diesem Zusammenhang Themen, wie die inhaltliche Ausgestaltung der Schule, die Frage nach Schulen in freier Trägerschaft, Schulinfrastruktur im demographischen Wandel, Schulaufsicht und Schulverwaltung sowie Personalentscheidungen. Diese transformationsbedingten Problemlagen waren charakteristisch für jeden neuen Schulbezirk und werden am Fallbeispiel komplex ausgeführt. Bezeichnend ist für diesen Untersuchungsabschnitt der Rückgang der Gestaltungsspielräume kleinerer Akteursgruppen, die nun häufiger auf Formen des Protests angewiesen sind sowie die stärkere Vermittlungsrolle von Interessenvertretungen und Gewerkschaften. In dieser Phase werden ebenso entscheidende schulinfrastrukturelle Perspektivprogramme aufgelegt und Personalentscheidungen und -überprüfungen verhandelt. In **d) Bilanzierung und Kursneubestimmung** wird schließlich die Konsolidierung des Schulwesens beleuchtet. Dies korrespondiert damit, dass erste Bilanzen gezogen werden, eine stärkere schulische Profilierung vonstatten geht, größere Projekte auslaufen und unterschiedliche Zukunftsplanungen angestellt werden. Hier kann Leipzig als interessantes urbanes Fallbeispiel gelten, zeichnete sich doch hier nach den Jahren der Schulschließungen eine demographische Kehrtwende ab, in deren Folge die Leipziger Schulinfrastruktur bis in die Gegenwart unter einem Sanierungsstau leidet.

Mit dem vorliegenden Projekt sollen unterschiedliche Forschungsfragen beantwortet werden:

- Wie konstituierten, organisierten und vernetzten sich lokale Gruppen, um bildungs- bzw. schulpolitische Ideen in den 1980er Jahren zu artikulieren und um politischen Druck auszuüben?
- Inwieweit prägten diese Ideen nach 1989/90 die politischen Überlegungen zur Neugestaltung der Bildungssysteme und wie finden sie sich in den Schulgesetzen der Länder, insbesondere Sachsen, wieder?
- Wie änderten sich die Gestaltungsräume der Akteur:innen mit zunehmender Konsolidierung der Bildungssysteme?
- Welche Rolle spielten Interessenvertretungen und Gewerkschaften als Vermittlungsinstanzen?
- Wie erlebten unterschiedliche Akteursgruppen die Umbrüche im Bildungssystem seit den späten 1980er Jahren?
- Welche Rolle spielte „Leipzig“ in der Transformationszeit des Bildungswesens nach 1989/90?
- Wie können Mikro- und lokalgeschichtliche Ansätze zu einem komplexen Verständnis der Transformationszeit seit den 1980er Jahren beitragen?

Für das Promotionsprojekt kann auf ein außerordentlich breites Quellen- und Datenspektrum zurückgegriffen werden. Auf der quantitativen Ebene lassen sich Statistiken, Haushaltspläne sowie Investitionssummen aus dem Sächsischen Staatsarchiv Leipzig sowie den Unterlagen des Schulverwaltungsamts entnehmen. Die oben bereits genannten Studien des ZIJ und der APW liefern Daten über die Einstellungen der Schüler:innen in den 1980er Jahren. Insbesondere für die Zeit ab 1989 bis in die 1990er Jahre wird der Datenkorpus durch narrative Interviews und Sekundäranalysen bereits bestehender Transkripte vervollständigt. Für die Zeit ab 1978 bis 1990 spielen vor allem die Archivquellen des Stasi-Unterlagen-Archivs, des Staats- und Stadtarchivs Leipzig, des Archivs der DDR-Opposition sowie des Archivs Bürgerbewegung Leipzig eine entscheidende Rolle. Hier können auf der Makroebene DDR-weite Initiativen und deren Vernetzung, Samisdats-Veröffentlichungen, bildungspolitische Ereignisse, Schulverwaltung und Schulaufsicht in der DDR oder die Aktivitäten des Runden Tisches nachvollzogen und vor allem auf der lokalen Ebene rekonstruiert werden. Ergänzt wird dies durch die „Quellen des Schulalltages“, wie beispielsweise Hefter, Schulprojekte, Schülerzeitungen, Klassenbücher, die im Schulmuseum Leipzig überliefert sind. Für die Zeit ab 1989/90 bilden das Staatsarchiv Leipzig, das Archiv des Sächsischen Landtages sowie diverse Privatarchive die maßgebliche Quellengrundlage. Sie geben Aufschluss über den Neuaufbau der Schullandschaft und -infrastruktur, Personalpolitik, die Kommunikation zwischen den Akteur:innen und die oben genannten transformatorischen „Hotspots“.

Kurzbiografie

Erik Fischer, geboren 1994, studierte Geschichte, Gemeinschaftskunde/Rechtserziehung/Wirtschaft und Sport. Nach dem Studium leitete er das Ausstellungsprojekt „Umbrüche – Schule in Sachsen seit 1989/90“ am Schulmuseum Leipzig. Er war als Lehrbeauftragter sowie wissenschaftliche Hilfskraft am Historischen Seminar der Universität Leipzig und als Honorarkraft an der TU Dresden tätig. Sein Promotionsprojekt wird von Dirk van Laak (Universität Leipzig) betreut.

vorläufige Gliederung

- **Einleitung**
- **Forschungsstand**
- **Theoretische Perspektiven und methodisches Vorgehen**
- **Akteur:innen der Bildungspolitik**
 - Interessen
 - Handlungsspielräume und -grenzen
- **Brüche im (Schul-)System der DDR (1978-1989)**
 - Die Volksbildung in der späten DDR
 - (Leipziger) Basisgruppen – Reformideen für das Schulwesen
 - Ideen und Ziele
 - Organisation
 - Netzwerke
 - „Sonden“ des Zerfalls in Leipzig
 - „Hohe politische Wachsamkeit“ – die Perspektive des MfS
 - Die Leipziger Schülerstudie des ZIJ
 - Die Jugendstudien der APW
 - Überregionale Krisensymptome
 - Die „Ossietsky-Affäre“
 - Der IX. Pädagogische Kongress
- **Schule in Bewegung – Bildungspolitische Ideen zwischen 1989 und 1991**
 - „Lange“ Diskurslinien
 - Initiativgruppen und Arbeitsgemeinschaft und das Ringen um Selbstbehauptung
 - Die „Runden Tische“ als bildungspolitische Diskursforen
 - Schule und Öffentlichkeit
 - Bildungsconsulting und Schulen in freier Trägerschaft
 - Landespolitik und Schulgesetzgebung
- **„Hotspots“ der Bildungstransformation in den Leipziger Schulbezirken (1991-1998)**
 - Schulaufsicht und Schulverwaltung
 - Verwalten ohne Personal und Erfahrung
 - Westdeutsche Verwaltungsexpert:innen
 - Schulnetz und Schulinfrastruktur im Spiegel des demographischen Wandels
 - Das bauliche Erbe der Volksbildung – Schulbauprogramme
 - Schulnetz- und Schulwegeplanung

- Personalentscheidungen und -kontinuitäten
 - Personalüberhang und politische Belastung – Entlassung von Lehrpersonal
 - „Alte Seilschaften“ – der Fall Leipzig
 - Der Untersuchungsausschuss „Personalüberprüfung durch die Staatsregierung“
- Leipziger Schulperspektiven
 - Rückbenennung und Profilierung
 - Unterrichtsausfall und Lehrerüberhang
 - Weiterbildung und Vernetzung
 - Kämpfe um die Schulform – Mittelschule versus Gymnasium
- **Bilanzierung und Kursneubestimmung (1998-2005)**
 - Demographische „Wende“ in Leipzig
 - „Sachsen macht Schule“
- **Zusammenfassung und Einordnung**
- **Quellen- und Literaturverzeichnis**
- **Tabellen und Abbildungen**
- **Anhang**

Erinnerungen an die „arbeiterliche Gesellschaft“ – Betriebsvereine in Nordthüringen und die Erosion eines ostdeutschen Gesellschaftskonzepts nach 1989/91

von Frank Kell

Als die Umstrukturierung der ostdeutschen Wirtschaft nach 1989/90 auch in Nordthüringen zu Betriebsschließungen führte, gründeten ehemalige Beschäftigte Betriebs- und Bergmannsvereine, die in der Kontinuität der stillgelegten Volkseigenen Betriebe (VEB) standen. Zu ihren wichtigsten Aktivitäten zählen die Musealisierung von Arbeitsmitteln, -erzeugnissen und -orten sowie die Dokumentation der Betriebsgeschichten und des Produktionswissens. In den Erzählungen und Erinnerungen der Vereinsmitglieder spiegelt sich der persönliche und lokale Stellenwert der ehemaligen DDR-Betriebe. Die Vereine pflegen ein Geschichtsbild, das sich um Erfahrungen von „Arbeit“ und „Gemeinschaft“ im betrieblichen Sozialleben der DDR dreht, um den als Schicksalsschlag erfahrenen wirtschaftlichen Niedergang der Betriebe sowie um verschiedene Versuche der Selbstbehauptung gegen den Verlust sozialer und arbeitskultureller Zusammenhänge.

Die Betriebs- und Bergmannsvereine in Artern, Bischofferode, Bleicherode, Nordhausen, Sömmerda, Sondershausen und Roßleben sind die empirischen Sonden des Projekts. Damit wird Nordthüringen als regionales Fallbeispiel herausgegriffen, um die kulturellen Folgen des wirtschaftlichen Umbruchs in Ostdeutschland nach 1989/90 zu untersuchen. In dieser ländlich geprägten Region hatten die VEB das soziale und kulturelle Leben in den jeweiligen Orten ganz wesentlich bestimmt. Mit dem Maschinenbau und dem Kalibergbau werden zwei Wirtschaftszweige beleuchtet, die seit der Industrialisierung der Region eine herausgehobene gesellschaftliche Relevanz hatten. Nordthüringen steht damit exemplarisch für die Entwicklung ostdeutscher Industrieregionen, die ihre Wurzeln im späten 19./frühen 20. Jahrhundert hat und nach 1989/90 im Zuge von Deindustrialisierungsprozessen einen radikalen Wandel durchlief.

Das Erkenntnisinteresse zielt auf die prägende Ordnungsvorstellung ehemaliger Industrie- und Bergarbeiter: Was für ein Gesellschaftskonzept eint die Vereinsmitglieder und wo liegen die historischen Wurzeln ihrer Denk- und Handlungsmuster? Das Projekt versteht sich damit als empirische Einzelstudie zur Historisierung ostdeutscher Umbruchserfahrungen im späten 20. und frühen 21. Jahrhundert. Es leistet darüber hinaus einen Beitrag zur ideengeschichtlichen Weiterung der Transformationsforschung. Die zentrale These wird vor dem Hintergrund der Forschungen zur Geschichte der Arbeit in der DDR entwickelt. Einen Ausgangspunkt bilden die Überlegungen des Kultursoziologen Wolfgang Engler über die Denk- und Erfahrungswelten in einer „arbeiterlich“ geprägten DDR-Gesellschaft. Die Geschichte der Betriebsvereine wird in dieser Perspektive als eine nostalgische Formation des Umbruchs beschrieben. An ihr lässt sich die Erosion der „arbeiterlichen Gesellschaft“ als eine Ordnungs-

vorstellung untersuchen, die in der DDR entstanden war und als Erfahrungsraum und Erwartungshorizont in das vereinigte Deutschland hineinragte.

Der für das Projekt gewählte ideengeschichtliche Ansatz zielt auf die Sprache der Akteure als Träger ihrer Ideen. Diese werden in den Begriffen und Argumenten, in den Topoi und Metaphern einer historischen Analyse zugänglich. Die in den Betriebsvereinen artikulierten Erinnerungsmuster und Erzählformen bilden den empirischen Ankerort des Projekts – sie stellen die zentralen Integrationsfaktoren der Betriebsvereine als postsozialistische Erinnerungsgemeinschaften dar. Zu den konkreten Kommunikationsorten der Vereine zählen Ausstellungen und materielle Sammlungen, Festschriften und „graue Literatur“, Kalender und Fotoalben, Reden und Vorträge, Protokolle, Berichte und Satzungen, Websites und Social-Media-Aktivitäten. Diese Quellengrundlage soll durch Zeitzeugeninterviews dort erweitert werden, wo keine oder nur sehr wenige zeitgenössische oder retrospektive Reflexionen vorliegen.

Kurzbiografie

Frank Kell, geboren 1990, studierte Geschichte und Philosophie in Dresden, Heidelberg und Mannheim. In seiner Masterarbeit beschäftigte er sich mit dem politischen Denken der DDR-Bürgerrechtsbewegung. Nach dem Studium war er als Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in der Geschäftsstelle des Verbands der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (VHD) tätig. Seine Promotion wird von Prof. Dr. Julia Angster (Mannheim) betreut.

vorläufige Gliederung

1. Betriebsvereine und Lebensgeschichten (Befund)

- Vom VEB zum Verein: Geschichte und Aktivitäten der Betriebsvereine
- Welche Erinnerungen und Erzählungen werden in den Vereinen gepflegt?
- Betriebliche Erinnerungsräume: Frage nach Narrativen, Motiven und Mustern
- Betriebsvereine als nostalgische Erinnerungsgemeinschaften
- Was für Lebensgeschichten erzählen ehemalige Beschäftigte?
- Lebensgeschichten im Zeichen „der Wende“
- Quellen: lebensgeschichtliche Interviews, Vereinsüberlieferung, Vereinsmuseen

2. „Arbeiterliche Gesellschaft“

- Was für ein Gesamtbild ergibt sich aus den Vereinserzählungen und Lebensgeschichten?
- Frage nach zentralen Konzepten: Arbeit, Gemeinschaft, Identität, Heimat, Männlichkeit
- Hypothese: Betriebsvereine/Lebensgeschichten spiegeln „arbeiterlichen Gesellschaft“
- „Arbeiterliche Gesellschaft“ als Gesellschaftskonzept und Werteordnung
- Quellen: Medien, Politik, Personen

3. Hochmoderne in Ostdeutschland (Spätes 19. Jahrhundert bis 1990er)

- Historisierung der „arbeiterlichen Gesellschaft“ als Ordnung der Hochmoderne
- Forschung zur europäischen Gesellschaftsgeschichte im 19./20. Jahrhundert
- Industrialisierung und Industriemoderne in Nordthüringen
- Geschichte der Arbeitsauffassung und des Gemeinschaftsdiskurses im Osten
- Frage nach zentralen Konzepten: Staat, Gesellschaft, Nation

4. Staat- und Gesellschaft im Realsozialismus

- Staats- und Gesellschaftskonzept in der DDR in den 1970er und 1980er Jahren
- Forschung zur DDR-Gesellschaftsgeschichte (Bedeutung von Arbeit)
- VEB-Betriebe und Arbeitsalltag in Nordthüringen
- Krisenwahrnehmungen in den 1980er Jahren?
- 1989/90: Welche Rolle spielte „die arbeiterliche Gesellschaft“?
- Quellen: Vereinsüberlieferung, Archivbestände zu Betrieben, Interviews, Runder Tisch

5. „Die Wende“ – die 1990er und die Erosion der „arbeiterlichen Gesellschaft“

- Strukturell: Deindustrialisierung und soziale Folgen
- Ideell: Transformation als Erosion eines Gesellschaftskonzepts
- Reaktionen: Protest und Nostalgie
- Reaktionen: Ostidentität, Nationalismus, Rassismus
- Reaktionen: „Demokratischer Sozialismus“ und die „Ostpartei“

6. „Krise der Demokratie“ im Osten

- „Der Osten“ als Problem
- Reaktionen: AfD, Pegida und „Solidarischer Patriotismus“
- Staatsmisstrauen, Anti-Elitismus, Demokratieskepsis, Kapitalismuskritik

Zwischen Bonn und Bautzen: Die ostdeutschen Abgeordneten des 12. Bundestages und die politisch-kulturellen Transformationsprozesse in der Bundesrepublik (1990–1994)

von Anna Hesse

Jedes Dissertationsprojekt bringt früher oder später seine eigenen Baustellen und Überraschungen hervor. Wenn sich die Autorin dieser Studie in einem aber sicher ist dann, dass ihr die Aktualitätsbezüge zum Forschungsprojekt nie ausgehen werden. Sich mit dem Bereich der Politik in der Transformationszeit, also den 1990er Jahren zu beschäftigen und dabei ostdeutsche Akteure in den Fokus zu nehmen, wie es in diesem Dissertationsprojekt der Fall ist, bedeutet einer Flut von Gegenwartsdiskursen gegenüberzustehen. Den Osten im Blick zu haben, voller Sorge bis hin zur Vermarktung als Raum mit Potential, ist zum konstitutiven Element der neuen Bundesrepublik geworden. Institutionalisiert wurde dieses nicht widerspruchsfreie Bemühen um den Osten im Amt des sogenannten Ostbeauftragten der Bundesregierung. So machen diese Politikerinnen und Politiker, Jahr um Jahr, mit Studien und Berichten auf unterschiedliche Probleme im Osten der Republik aufmerksam und bieten darauf aufbauend unterschiedliche Strategien an. So umtreibt den aktuellen Beauftragten für die sogenannten neuen Bundesländer, der Erfurter Sozialdemokrat Carsten Schneider, ein nicht neues Problem: die Unterrepräsentanz von Ostdeutschen in Führungspositionen. Zur Situation in den Bundesbehörden ließ er eine Studie in Auftrag geben, die zu dem Ergebnis kam, dass, proportional zu ihrem Anteil an der Bevölkerung, zu wenig Ostdeutsche in leitenden Funktionen sind. Dem entgegen stellt er ein politisches Konzept zur Förderung Ostdeutscher. Das mediale Echo im Januar 2023 blieb nicht aus. Unterstützung kam, wenig überraschend, von der ZEIT-Journalistin Jana Hensel, die sich in ihren Texten und Büchern ebenfalls für die Befindlichkeiten der Ostdeutschen einsetzt. Die Kritik an seinem Konzept beginnt aber schon bei der Definition: Wer ist wann warum Ostdeutsche oder Ostdeutscher? Bei zunehmend hybrideren Biografien besteht darüber Diskussionsbedarf und auch der Staatsminister Schneider räumt ein, dass das Phänomen weiter beforscht werden muss. Zu den Eigentümlichkeiten dieser spezifisch deutschen Konstellation gehört, dass Schneider, wie auch seine Vorgängerinnen und Vorgänger, sich selbst als Ostdeutscher versteht und gleichzeitig in der politischen Elite angekommen ist. Wie aber hat sich dieser eigentümliche Blick auf den Osten und die Ostdeutschen in der politischen Sphäre entwickelt? Hierfür sollte man die Ursprünge der gegenwärtigen Bundesrepublik betrachten und in die 1990er Jahre zurückgehen. Beschäftigt man sich mit der bundespolitischen Sphäre, die sich damals noch in Bonn befand, stößt man in der zeitgenössischen Berichterstattung ebenfalls auf ein eigentümliches Phänomen: Die Bundespolitik sei mit dem Jahr 1990 um neue, irgendwie andersartige Akteure ergänzt worden, um die „Ostler“ in Bonn. Damit meinte man zeitgenössisch die ostdeutschen Bundestagsabgeordneten, die mit der Wahl im Dezember 1990 als in der DDR sozialisierte Bürgerinnen sowie Bürger Wahlkreise in den sogenannten neuen Ländern

vertraten. Was hatte es damals mit dieser Kategorisierung auf sich? Um dieses Phänomen zu ergründen, will die Studie nach den Ursprüngen und Mechanismen der Entstehung dieser Kategorie innerhalb der politischen-kulturellen Transformation fragen: Warum entstand auf welcher Basis und mit welchen Zielen und Grenzen die Kategorie „ostdeutsch“ im politischen Raum der Bundesrepublik vor dem Hintergrund der Transformationsprozesse?

Forschungsstand – eine sehr kurze Einordnung

Die historische Transformationsforschung ist noch ein recht junges Forschungsfeld, welches auf Studien aus der Geschichtswissenschaft zur DDR- und Bundesrepublikforschung aufbauen kann. Als Gegenwartswissenschaften beobachteten und analysierten die Sozial- und Politikwissenschaft den Prozess der Transformation, der sich aus ihrer Sicht allein in Ostdeutschland abspielte, sehr dicht und publizierten ihre Ergebnisse in einer Vielzahl von Studien in den 1990er und 2000er Jahren. Im Bereich der Politik fragten die wenigen Studien danach, inwiefern der Osten im System der Bundesrepublik angekommen sei. In Anbetracht von binären Deutungen des Prozesses betont hingegen die historische Transformationsforschung, in die sich auch das Dissertationsprojekt einschreibt, die Ambivalenzen der Zeit und schlägt den Bogen zur Geschichte der DDR, ohne die die Transformation nicht vollständig verstanden werden kann. Darüber hinaus soll die Geschichte der Transformation verstärkt als Beziehungs- und Verflechtungsgeschichte erzählt werden, statt den Osten als isolierte „Problemzone“ zu betrachten. Eine heuristische Weiterentwicklung zum Prozessbegriff erfolgte in letzter Zeit in der Diskussion um das Konzept von Ko-Transformation des Wiener Historikers Philipp Ther. So wurde diskutiert, inwiefern der Umbruchprozess stärker unter dem Fokus möglicher Rückkopplungseffekte auf die Bundesrepublik betrachtet werden sollte. So entstehen gegenwärtig im Rahmen von historischen Dissertationsprojekten, mal eingebettet in größere Forschungsprojekte, Einzelstudien zu Themenbereichen der Transformation wie Schule, Arbeitsmarkt, Gewerkschaften, Polizei, Militär oder Umwelt. Darüber hinaus sind kultur- und literaturwissenschaftliche Studien zu nennen. Kulturhistorische Zugriffe auf die Politikgeschichte bilden hierbei aber eine relative Leerstelle. Eine Ausnahme davon ist die Dissertation von Thorsten Holzhauser zur Geschichte der PDS von 1990-2005 sowie das Forschungsprojekt der Kommission zur Erforschung der Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien (KGParl). In letzterem wird gerade die Entwicklung der Parteien innerhalb des Transformationsprozesses untersucht, auch wenn die Doktorand:innen scheinbar einen organisationshistorischen Zugriff für ihre Studien gewählt haben. Liegen zur Geschichte der SPD-Ost bzw. CDU-Ost schon Studien vor, die zumindest die Ereignisse bis ins Jahr 1990 nachzeichnen, so lässt das Großprojekt, vor allem mit Blick auf die Geschichte der liberalen Parteien und des Bündnis 90, auf für den Themenbereich wichtige neue Erkenntnisse hoffen. Zumindest die Ursprünge jener Entwicklung und damit die biografischen bzw. politischen Hintergründe der ostdeutschen Mitglieder des Bundestags (MdBs) wurden im Rahmen von Studien zur Opposition in der DDR

erforscht, wenn auch diese zum Teil von den Akteuren der Gruppen selbst mitverfasst wurden. Nicht unerwähnt bleiben sollten an dieser Stelle die kulturhistorische Arbeit von Bettina Tüffers zur letzten Volkskammer der DDR, die von März bis Oktober 1990 existierte, in der gut die Hälfte der späteren Bundestagsabgeordneten aktive Parlamentserfahrung sammeln konnte.

Eine historische Studie zur Wahrnehmung bzw. Imagebildung von ostdeutschen Abgeordneten liegt noch nicht vor. Nichtsdestotrotz hat sich die Politikwissenschaft der 1990er Jahre auf ihre Weise mit jenen Parlamentarierinnen und Parlamentariern beschäftigt und versuchte im Rahmen von großen Fragebogenstudien zu analysieren, inwiefern sich die Abgeordneten in das bundesrepublikanische System eingefügt und angepasst haben. Ferner haben sie bilanziert und schließlich resümiert, wo es noch Probleme und Defizite gebe. Hier seien vor allem die Studien von Werner J. Patzelt erwähnt. Diese sollen innerhalb der Arbeit noch eingehend als zeitgenössische(r) Diskurs und Praktik analysiert werden, die erheblichen Anteil an der Formierung der Kategorie des ostdeutschen Abgeordneten hatten.

Theorie

Wie schon angedeutet wurde, ist die Beschäftigung mit Parlamentariern ein klassisches Feld der politikwissenschaftlichen Forschung. So mangelt es nicht an Theorieangeboten, die es ermöglichen, Abgeordnete im Bundestag mit Blick auf ihren Berufsalltag differenziert zu analysieren. Charakteristisch für Parlamentarier:innen sind die unterschiedlichen Repräsentationsanforderungen, also die Interessen unterschiedlicher Gruppierungen zu vertreten und gleichzeitig sich in unterschiedlichen politischen Settings (Parlament, Fraktion, Partei, Wahlkreis, Ortsverein, Medien) zu bewegen. Darauf aufbauend gibt es neben der sogenannten Rollentheorie die Analyse von sogenannten Politikstilen, die analog zur angloamerikanischen Forschung in Wahlkreisstil und Parlamentsstil differenziert werden. Jene Theoriemodelle zielen, stark verkürzt, darauf ab, individuelle politische Akteure anhand von etablierten Kategorien zu verorten bzw. zu typisieren. Diese Theorieangebote sollen für das Dissertationsprojekt nicht genutzt werden, sondern die Historisierung der Diskurse und Praktiken um die ostdeutschen MdBs in ihrem spezifischen Kontext steht im Vordergrund. Jene sozialwissenschaftlichen Studien (und Ergebnisse) der 1990er Jahre werden so von der Literatur zur Quelle. Diese historische Studie schließt am ehesten an das an, was die Politikwissenschaft seit gut zehn Jahren als die symbolische Dimension von Politik bzw. Repräsentation bezeichnet. So sollen die zeitgenössischen Wahrnehmungen und die Selbstinszenierung der MdBs, deren Kontexte, Mechanismen und Funktionen analysiert werden. Diese werden innerhalb von Diskursen fassbar, da sie, wie der Historiker Achim Landwehr es auf den Punkt bringt, „das Sagbare, Denkbare und Machbare [regeln]. Sie organisieren Wirklichkeit“.² Weiter unterstreicht er, angelehnt an Foucault, dass Diskurse auch immer als Prakti-

²Landwehr, Achim: Historische Diskursanalyse. Frankfurt u.a. 2018, S. 21.

ken zu begreifen sind.³ Selbstinszenierung und Wahrnehmung laufen als ein ineinander verschränkter Prozess ab, als permanenter Aushandlungsprozess, der eine konstitutive Praktik des menschlichen Zusammenlebens darstellt. Dieser nimmt im politischen Raum zudem eine gesonderte Bedeutung ein. Die Transformation wird als zeitgenössisch komplexer, mehrdeutiger und für die Bundespolitik zentraler Prozess verstanden. Nichtsdestoweniger spielten auch weitere Themen eine wichtige Rolle für den Bonner Politikbetrieb. Der zeitgenössische, politische Kontext der ersten Hälfte der 1990er Jahre, in dem sich die Akteurinnen und Akteure bewegten, muss deshalb als vielschichtig charakterisiert werden. Anders formuliert: der Blick zurück in diese Zeit ist wie der durch ein Kaleidoskop, das, je nach Perspektive, andere Bilder und Muster offenbart.

Konzeptioneller Ansatz

Mit Blick auf die oben beschriebene dynamische Forschungslandschaft Transformation, ihren vielen z.T. noch nicht abgeschlossenen Einzelstudien, offenen Fragen und den omnipräsenten und sich stetig wandelnden gesellschaftlichen Diskursen erscheint das Feld der Studie alles andere als eine Black Box, sondern viel mehr wie ein Kaleidoskop. Deshalb soll am Beispiel von zehn ausgewählten ostdeutschen Abgeordneten der 12. Wahlperiode deren Geschichte in der Transformation beispielhaft erzählt werden. In der Auswahl spiegeln sich alle politischen Parteien des 12. Bundestags gleichermaßen wider. Analog zu ihrer Vertretung im Bundestag sind weniger Frauen als Männer Teil der untersuchten Gruppe. Letztendlich haben praktische Fragen nach dem Zugang zu Archivbeständen die zu untersuchende Gruppe in letzter Instanz geformt. Dennoch werden auch andere Akteure ebenfalls ihren Platz in der Erzählung finden.

Neben der Akteurszentrierung erfolgt auch die Analyse aspektorientiert und greift so das Kaleidoskopische auf. Dafür nimmt diese Studie konkrete Verdichtungspunkte der ersten Transformationsphase, der 1990er Jahre, in den Blick, die durch die Fokussierung auf die Parlamentarier:innen zusätzlich durch die 12 Wahlperiode gerahmt wird, die bis zum Herbst 1994 andauerte. In dieser Zeit, so die Ausgangsthese, wurden die politischen Grundlagen und Wegeentscheidungen sowie die diskursiven Rahmen und Muster für den gesamten Zeitrahmen der Transformation gelegt und wirken letztlich bis heute nach. Die ostdeutschen MdBs spielten darin eine zentrale Rolle, als Wandler zwischen den Welten innerhalb eines historisch einzigartigen Settings, so die weitere These. Hierbei soll weder eine Heldenerzählung noch die Erzählung vom Scheitern oder die Bilanz der Integration im Vordergrund stehen, sondern die der differenzierten Wahrnehmungen. Die Ausgangsbeobachtung des zeitgenössischen Diskurses, das Gruppenphänomen, soll deshalb konsequent hinterfragt werden: Warum waren bzw. wurden sie überhaupt zur Gruppe? Im hermeneutischen Zirkelschluss müsste so das Forschungsdesign – die Beschäftigung mit einer Gruppe von ostdeutschen Parlamentarier:innen – hier wieder selbst in Frage gestellt werden und alles würde sich in Wohlgefallen auflösen. Dabei kann es

³Ebd., S. 90.

aber nicht bleiben, sondern dieser Umstand soll permanent reflektiert werden. Es soll wie oben bereits genannt um die Entstehungsbedingungen, Mechanismen und diskursiven Inhalte dieser Kategorie, vor dem Hintergrund des Transformationsprozesses, im Setting der Bundespolitik gehen. Kurz gesagt: Wie entstand ihr Ost-Sein über die Ereignisse?

Statt eine erweiterte Typologisierung der ostdeutschen Abgeordneten vorzunehmen, soll hier also die Geschichte von zentralen politische Akteur:innen der Transformationsgesellschaft erzählt werden, die permanent zwischen den Kontexten Bonn und Wahlkreis, alter und neuer Bundesrepublik, etabliertem parlamentarischen Alltag und einem schwer kalkulierbaren Transformationsprozess in Ostdeutschland zirkulierten. Ebenso permanent wurden sie mit Fragen nach Zugehörigkeit und Repräsentation vor dem Hintergrund der Präsenz der Vergangenheit konfrontiert. Mit dem Fokus auf die oben beschriebenen Diskurse und Praktiken, dem Symbolischen in der Politik, soll hier eine Kulturgeschichte des Politischen, angewendet auf die Transformationszeit und erstmals unter besonderer Betrachtung der ostdeutschen MdBs, vorgenommen werden. Ambivalenzen abzubilden, die als Kennzeichen für die Umbruchsphase jüngst von z.B. Marcus Böick und Christoph Lorke herausgearbeitet wurden, ist ebenfalls Ziel der Studie. Daneben kann hier ein Beitrag zur Demokratieggeschichte der Bundesrepublik nach 1990 geleistet werden, die, angelehnt an die Arbeiten von Claudia Gatzka, nicht teleologisch, sondern als Geschichte von Problemen und Aushandlungsprozessen erzählt werden soll.

Kurzbiografie

Anna Hesse, 1996 in Duderstadt geboren, studierte von 2015 bis 2020 Geschichte und Französisch bzw. Neuere und Neueste Geschichte in Mainz und Dijon. Während ihres Studiums arbeitete sie als wissenschaftliche Hilfskraft am Leibniz Institut für europäische Geschichte in Mainz im Bereich Publikationen. Seit Herbst 2020 promoviert sie bei Prof. Dr. Andreas Rödder (JGU Mainz) und Dr. habil. Nicolas Offenstadt (Université Paris 1 Panthéon-Sorbonne).

vorläufige Gliederung

1) Einleitung

- a. Hinführung und Aktualitätsbezug
- b. Verortung im Forschungskontext
 - i. Von der DDR-Forschung zur Einheitsforschung
 - ii. Historischen Transformationsforschung
 - iii. Politikgeschichte des Umbruchs von 1989/90
 - iv. Parlamentarismusforschung – Sozialwissenschaftlich und historisch
 - v. Kultureller Wandel in der Transformation
- c. Theorie
 - i. Angebote der Politikwissenschaft
 - ii. Diskurse
 - iii. Kulturwissenschaftlicher Zugriff Wahrnehmungen / Selbstinszenierungen
- d. Konzeptioneller Ansatz
 - i. Zugriff
 - ii. Perspektive
 - iii. Beitrag-zu-Frage
- e. Quellen, Methoden, Besonderheiten
 - i. Quellen
 - ii. Angewendete Methoden
 - 1. Diskursanalyse
 - 2. Hermeneutik
 - 3. Oral History
 - iii. Besonderheiten im Feld politische Zeitgeschichte
 - 1. Probleme des Aktenzugangs
 - 2. Problemfeld Datenschutz
 - 3. Verhältnis zu politikwissenschaftlichen Studien
 - 4. Reflexion „Zeitzeugen“ – Akteure – Diskursteilnehmer – Gesprächspartner
- f. Vorgehensweise
 - i. Darlegung der Gliederung

2) Prolog – Der lange Weg nach Bonn ?

- a. Wer sind die 128 ostdeutschen MdBs ?
- b. Wer sind die zehn
- c. Wie kommen die zehn zur Politik?
- d. Warum kommen sie in den Bundestag?

3) Politische Wiedervereinigung – Die Osis in Bonn

- a. Von Bonn nach Bonn: Intermezzo der 11. WP
- b. Ankommen und Orientierungen

4) Strukturelles Kapitel – Der Alltag als MdB

- a. Welche Gremien warum
- b. Wer sind ihre Mitarbeiter

5) Die präsenste Vergangenheit

- a. Streit
- b. Gespräche & Annäherungen

- 6) Gesellschaftliche Debatten -§ 218
- 7) Soziale Fragen – Arbeitslosigkeit
- 8) Altlasten – Treuhand / Umwelt
- 9) Politische Kultur im Wandel
 - a. Frauen in der Politik
 - b. Der Wert von Politik – die Diätenfrage
 - c. Gewalt im politischen Raum – Mordversuche, Morde und Selbstmorde
- 10) Jetzt reicht's ? Das Bonner System
 - a. Die MdBs und ihre Fraktionen – alles harmonisch?
 - b. Neue Initiativen – die Gysi-Diestel-Connection
- 11) Über den deutsch-deutschen Tellerrand hinaus – Außenpolitik
- 12) Wahlkampf 1994
- 13) Epilog : Nach dem Bundestag ist vor dem Bundestag ?
 - a. Fazit Arbeit im Bundestag
 - b. Wie geht es warum weiter
 - c. Größerer Ausblick – wo stehen sie heute?
- 14) Fazit

Neue Arbeitslosigkeit managen: Der Aufbau der Arbeitsverwaltung in den neuen Bundesländern

von Hans-Heiner Holtappels

Die Verfassung der DDR stand allen Bürgerinnen und Bürgern ein Recht auf Arbeit zu. Daraus folgte die Konsequenz, dass es in den späten 1980er Jahren formal praktisch keine Arbeitslosen in der DDR gab. Jedoch brach diese Fassade, die eine verdeckte Arbeitslosigkeit von rund fünfzehn Prozent der Beschäftigten verdecken konnte, mit dem Fall der Mauer und der folgenden Entwicklung hin zu einer Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten und ihrer Arbeitsmärkte, sehr schnell zusammen. Erste Entlassungen, Kündigungen und Anfragen an die grenznahen Arbeitsämter der Bundesrepublik lassen sich bereits im November 1989 nachweisen. Dies bedeutete für sämtliche Ebenen der bundesdeutschen Arbeitsverwaltung einen plötzlichen, radikalen Umbruch der bisherigen liberal-konservativ geprägten Strukturen, die nicht nur sinkende Arbeitslosenzahlen, sondern auch einen Abbau staatlicher Arbeitsverwaltung bedeutet hatten. Ab dem Frühjahr 1990 setzte intensiver Kontakt zwischen ost- und westdeutscher Verwaltung ein, dessen Ziel die effiziente Bewältigung der neuen, rapide ansteigenden Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland war. Erschwert wurde diese Arbeit durch die systemische Umgestaltung der ostdeutschen Wirtschaft im Rahmen der Wiedervereinigung und Anpassung an die kapitalistische Wirtschaftsform. Dabei waren es westdeutsche Expertinnen und Experten, denen die Aufgabe zukam, funktionierende Strukturen der Arbeitsverwaltung zu etablieren. Sie sollen im Zentrum der Arbeit stehen.

Das bedeutet, dass die Arbeit keine Geschichte der Sozialpolitik und nicht primär eine Geschichte der vereinigungsbedingten Arbeitslosigkeit wird. Vielmehr sollen die Protagonistinnen sowie Protagonisten in einer teilbiographischen Betrachtung, ihre Erwartungen an Ostdeutschland, ihre Motivation und vor allem ihre Erfahrungen den Schwerpunkt der Arbeit bilden. Bis heute fehlt in den alten Bundesländern ein Verständnis für die Geschichte der Vereinigung beider deutscher Staaten und der damit verbundenen, generationenübergreifenden Zäsur in Ostdeutschland. Dies liegt zum einen an geschichtspolitischen Entscheidungen und Narrativen, die durch einen Legitimationsdruck der gewählten Form der Vereinigung bedingt sind, zum anderen aber am fehlenden direkten Kontakt und Austausch mit ostdeutschen Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, der über vereinzelte individuelle Beispiele hinaus geht. Demgegenüber werden Verlustnarrative und ambivalente Erzählungen über die DDR und ihr Ende in den neuen Bundesländern nicht nur aufrechterhalten, sondern generationenübergreifend weitergegeben und schließlich durch die Erfahrungen sozialer und materieller Benachteiligung – mag diese real oder lediglich empfunden sein – weiter bestätigt. Die Untersuchung der westdeutschen Arbeitsamtsmitarbeiter:innen soll daher eine derjenigen Gruppen, die aufbauend auf eine biographisch-westdeutsche Prägung nicht nur direkte Erfahrungen mit der Vereinigung gemacht ha-

ben, sondern die schmerzhafteste Erfahrung massenhafter radikaler Einschnitte und Verluste direkt miterlebten, in den Blick nehmen. Ihre Interpretationen können dabei stellvertretend für eine westdeutsche Perspektive stehen. Dies gilt es noch zu klären. Aber auch die Protagonist:innen selbst erleben eine Zäsur, da die bisherige auf Abbau des Sozialstaats ausgerichtete liberal-konservative Politik durch den Fall der Berliner Mauer eine plötzliche und unerwartete Umstrukturierung erfahren musste, die sich auch auf die von ihr abhängigen Mitarbeiter:innen staatlicher Arbeitsverwaltung auswirkte.

Als Grundlage der Arbeit bieten sich die Akten der Bundesanstalt für Arbeit und des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung an, die unter anderem die Berichte der verschiedenen Projekte beider Institutionen in Ostdeutschland vor und nach der Vereinigung beider deutscher Staaten beinhalten, an. Weiterhin sind die Berichte des Ministeriums für Arbeit und Soziales der letzten DDR-Regierungen, die Akten der Arbeitgeber:innen- und Arbeitnehmer:innenvertretungen und die Presseberichterstattung relevant. Außerdem sollen sowohl zeitgenössische als auch selbst geführte Interviews die Perspektiven der Arbeit erweitern.

Die Arbeit soll die Transformationsgeschichte um die Perspektive der westdeutschen Akteurinnen und Akteure des frühen Vereinigungsprozesses und deren genuine Perspektive erweitern, um zur Erschließung weiterhin wirksamer Strukturen der deutschen Sozialgeschichte beizutragen.

Kurzbiografie

Hans-Heiner Holtappels, geb. 1991 in Moers, studierte nach seinem ADiA Geschichte und Archäologie an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. In seiner 2020 vorgelegten Masterarbeit analysierte er die Berichterstattung über den Sechstagekrieg in der Bundesrepublik. Seit 2016 arbeitet er in der Gedenkstätte Roter Ochse und den Franckeschen Stiftungen in Halle. Er promoviert seit 2022 an der Ruhr-Universität Bochum bei Prof. Dr. Constantin Goschler.

vorläufige Gliederung

1. Einleitung

- 1.1. Strukturwandel in elf Monaten
 - 1.1.1. Die letzte Regierung der SED
 - 1.1.2. Reaktionen aus Nürnberg und Bonn
 - 1.1.3. Schnelle Hilfe aus dem Westen
 - 1.1.4. Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion
- 1.2. Entwicklung des ostdeutschen Arbeitsmarkts
- 1.3. Wann ist es abgeschlossen?

2. Von der schlechten zur guten Krise – Ende des Booms bis Mauerfall

- 2.1. Genese und Wandel des AFG – von Prävention zu Symptombekämpfung
 - 2.1.1. Goldene Jahre 1967-1973
 - 2.1.2. Nicht darauf ausgelegt – Die Massenarbeitslosigkeit
 - 2.1.2.1. Aktive Arbeitsmarktpolitik von Prävention zu ABM
 - 2.1.2.2. Der Vermittlungsskandal und der schöne Schein
- 2.2. Konsum statt Konkurrenz – der „Arbeitsmarkt“ der DDR
 - 2.2.1. Der Betrieb als quasistaatliche Institution
 - 2.2.2. Vollbeschäftigung, Wirtschaftswachstum und verdeckte Arbeitslosigkeit
- 2.3. Nur ein Traum? – Pläne für den Fall der Mauer
 - 2.3.1. Keine Hoffnung mehr auf das wichtigste außenpolitische Ziel?
 - 2.3.2. Arbeitsmarktpolitik als Aspekt nationaler Vereinigungsstrategien

3. Westdeutsche Experten

- 3.1. Sample: Arnstadt/Kassel und Halle (Saale)
- 3.2. Wirken vor Ort
 - 3.2.1. Ziele und Aufgaben
 - 3.2.2. Die materiellen Gegebenheiten
 - 3.2.2.1. Gebäude
 - 3.2.2.2. Ausstattung
 - 3.2.2.3. Finanzierung
 - 3.2.3. Wahrnehmung
 - 3.2.3.1. Selbsteinschätzung
 - 3.2.3.2. Die ostdeutsche Perspektive
 - 3.2.3.2.1. Öffentliche Meinung
 - 3.2.3.2.2. Politische Einschätzung
 - 3.2.3.2.3. Einschätzung innerhalb der Behörde
- 3.3. Die Expertise
 - 3.3.1. AFG in Theorie
 - 3.3.2. Kreative Praxis
 - 3.3.3. Erfahrung?

4. Fazit – Was macht eine Erfolgsgeschichte aus?

- 4.1. TINA in der DDR?
 - 4.1.1. Passte die Schablone AFG?
 - 4.1.2. Alternative Sozialsysteme – in Wien über Schweden reden
 - 4.1.3.
- 4.2. Schnell und gut?
 - 4.2.1. Die erste einsatzbereite Behörde
 - 4.2.2. ...

Die Maßnahme - postsozialistische Subjektivierung durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und ihr dokumentarisches Reenactment

von Kristof Trakal

Wie hat sich das Selbstbild der Arbeiterinnen und Arbeiter des ehemaligen Arbeiterstaates DDR mit der Transformation nach 1989 verändert? Wie werden Arbeitserfahrungen in dieser Umbruchzeit erinnert? Welchen Platz nehmen solche Erinnerungen im Leben ostdeutsch-sozialisierter Menschen heute ein? Um das Selbstbild der Arbeiter:innen untersuchen zu können, betrachte ich Arbeit als subjektivierenden Erfahrungsraum und schließe an Diskurse der Soziologie und Arbeitswissenschaften an, die sich mit dem Begriff der Subjektivierung im Neoliberalismus beschäftigen. Dabei betrachte ich Subjektivierung durch Arbeitsverhältnisse und -abläufe im Transformationsprozess von der Planwirtschaft zur neoliberalen Marktwirtschaft. Den Fragen, ob und wie sich Subjektivierung überhaupt erfahren oder untersuchen lässt, begegne ich durch einen partizipativ-künstlerischen Forschungsansatz. Künstlerische Forschung verstehe ich dabei als Untersuchungsfeld, welches sich mit implizitem, affektivem und verkörpertem, also empfindbarem Wissen beschäftigt. In Bezugnahme von psychoanalytischer Theorie sowie Affekt- und Subjekttheorie beschäftige ich mich auch mit der theoretischen Grundlage subjektivierte[n] Wissens.

Als Kontext dieser Untersuchung betrachte ich Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) als spezifische Form postsozialistischer Arbeitserfahrung in Ostdeutschland, die ich als Direktiv neoliberaler Transformation der Arbeiter:innen, zumindest bis zur Einführung der Hartz-Reformen 2003 sehe. Obgleich ABM bis 2012 im Arbeitsmarktregulierend eingesetzt wurden, verloren sie neben den Minijobs und dem Arbeitslosengeld-II-System ab 2003 an Bedeutung. Zwischen 1990 und 2003 wurden in Ostdeutschland Millionen durch die Treuhandpolitik und ihre Folgen entlassen und durch ABM und Umschulungen an eine neue Arbeitsideologie herangetragen. Sie wurden in unterbezahlten und für ihre Qualifikationen und Interessen irrelevanten Jobs in ihre Frührente oder neue Anstellungsverhältnisse überführt. Als vorübergehende Überbrückung von Massenarbeitslosigkeit geplant, blieben ABM Bestandteil ostdeutscher Transformationserfahrungen und sind daher zentral für eine Untersuchung der Subjektivierung durch Arbeitsverhältnisse nach der „Wende“. Doch als Arbeitsangebote, die außerhalb des konkurrenzbasierten ersten Arbeitsmarktes stattfanden und für das Allgemeinwohl nützlich sein mussten, wurden die meisten ABM im Umweltschutz, in der Erneuerung urbaner Infrastruktur sowie in sozialen und kulturellen Projekten umgesetzt, häufig von kleinen Trägern mit flachen Hierarchien. Trotz der ausbeuterischen Bedingungen unterschied sich ihr sozial-demokratischer Charakter deutlich von Arbeitsverhältnissen in den Volkseigenen Betrieben (VEB) vor 1989 sowie von vergleichbaren Arbeitsangeboten im freien Arbeitsmarkt der neuen Bundesländer nach 1989. Diese

Widersprüche sowie die Erfahrung beider Wirtschaftssysteme entwerfen eine ostdeutsche Perspektive auf eine erinnerungspolitische Debatte um gerechte Arbeitsmarktpolitik in Ostdeutschland. Durch meine Forschung versuche ich soziopolitischen Fragen der „Nachwende“ zu begegnen, wie etwa der missglückten Akkulturation von Ost- und Westdeutschland, der chronischen Strukturchwäche des Ostens, den Folgen des demografischen Strukturwandels sowie den Effekten der Coronakrise auf den Arbeitsmarkt. Könnten ABM eine spekulativ-utopische Perspektive auf zeitgenössische Angebote solidarischer Arbeitsmarktpolitik jenseits deregulierter neoliberaler Marktwirtschaft bieten? Wie hätte eine gerechte, gemeinsame und solidarische Transformation der DDR und Westdeutschlands ausgesehen und welchen Teil hätten Arbeitsverhältnisse dabei spielen können?

Für mein Forschungsvorhaben entwickle ich mit in Ostdeutschland lebenden Arbeiter:innen, die zwischen 1990-2003 an zumindest einer ABM teilgenommen haben, ein historisches Reenactment ihrer Maßnahme. Nach Oral History Interviews über ihre Arbeitserfahrungen vor und nach der „Wende“ sollen auch nicht-verbale verkörperte Formen des Erinnerns durch Inszenierung und Nachperformen von Arbeitsabläufen in dem Reenactment befragt werden. In einem anschließenden Evaluierungsformat werden neben diesen Erinnerungen auch diverse affektive und psychische Erfahrungen in Bezug auf Arbeit in der Gruppe der Teilnehmenden durch Gespräche und Schreibformate kontextualisiert. Zentral bleibt für mich dabei, wie ABM-Arbeit subjektivierend wirkte, welche Rolle Erinnerung an sie heute im Leben der Teilnehmerinnen sowie Teilnehmer spielt und welche spekulativ-utopischen Potenziale eine Erinnerung an postsozialistische Arbeit birgt. Basierend auf der filmischen Dokumentation des Reenactments und des Evaluierungsworkshops entsteht ein Dokumentarfilm. Mein duales Promotionsprojekt im Fachbereich Filmkulturerbe an der Filmuniversität Babelsberg besteht aus einem künstlerischen Forschungsprojekt und einer theoretischen Dissertation.

Kurzbiografie

Kristof Trakal ist Autor, Filmmacher und partizipativer Künstler. Er studierte Bildende Kunst sowie Kunst und Medien an der Universität der Künste Berlin (Abschluss 2015). 2018-2019 nahm er am Whitney Independent Study Program in New York teil. Seine Promotion betreut seit 2021 Ursula von Keitz an der Filmuniversität Babelsberg und Anne von der Heiden an der Kunstuniversität Linz.

„Wir kommen aus dem Osten und leben auf eure Kosten ...“

Ostdeutsche Identitäten und das Vermächtnis der DDR in deutschen Fußballstadien

von Alexander Mennicke

Berlin, 21. Mai 2022: In den späten Abendstunden feiert der Bundesligist Rasenballsport (RB) Leipzig seinen ersten DFB-Pokalsieg – es ist die zweitwichtigste deutsche Fußballtrophäe. War der Verein seit seiner Gründung (2009) aufgrund seiner offenkundigen Nähe zum Konzern Red Bull und der Funktion als Marketingvehikel innerhalb der vom Blick auf Traditionen und „Werte“ geprägten Fußball(fan)welt ständig mit teils heftigen Anfeindungen konfrontiert, entstand rund um das Pokalfinale eine andere Debatte. Ausgehend von einem Artikel in der Leipziger Volkszeitung entspann sich eine Diskussion, wie ostdeutsch der Verein ist, der in seiner Hymne verkündet: „Unser Stolz des Ostens heißt...RB“. Die These des Autorenduos aus Ost und West: „Es wirkt, als könne es kaum ein Zufall sein, aber RB reklamiert mit dem Osten eine Region, die das, was dem Verein entgegenschlägt, schon einmal erlebt hat. Die sich bestens mit Häme auskennt und mit dem Gefühl, nicht richtig dazuzugehören. Die sich aber eben auch darauf versteht, aus den abschätzigen Blicken der anderen Kraft zu schöpfen und etwas Gutes zu ziehen: ein Gefühl des Zusammenhalts.“ (Mania-Schlegel, Josa/Schäfer, Guido. „Stolz des Ostens“: Warum es kein Zufall ist, dass immer alle gegen RB sind) Sätze, die sowohl publizistisch als auch im social web nicht ohne Reaktionen blieben. Dabei zeigt die Debatte eindrücklich auf, wie aktuell das Thema des oben genannten Dissertationsprojektes, also die Frage nach ostdeutschen Identitäten und deren Ver- und Aushandlungsprozessen in den Fußballstadien, ist.

Dissertationsprojekt

Mit Hauptaugenmerk auf aktionsorientierte Fans, insbesondere Ultras und Hooligans, wird innerhalb des Dissertationsprojektes die Rolle der DDR – und in der Folge näher zu untersuchende „ostdeutsche Identitäten“ – in der Fankultur analysiert. Im kulturhistorischen Spiegel der Vereins- und Stadtgeschichte werden zunächst die Gesamtentwicklung und Diskurse von Durchdringung, Beziehungen und Abgrenzungen zwischen ost- und westdeutscher Fankultur und den zugehörigen Vereinen rekonstruiert. Anschließend soll bei ausgewählten Vereinen Ostdeutschlands Selbstpräsentationen durch Fahnen, Choreographien und Gesänge untersucht und über Gruppeninterviews die Lebens- und Sinnwelten der Fans kultursoziologisch analysiert und Erfahrungsräume aufgezeigt werden.

Während sich die „Ostdeutschlandforschung“ in vielfältiger Art und Weise sowohl dem Ende der DDR als auch der nachfolgenden Transformation und den mit ihr im Zusammenhang stehenden politischen, sozialen, kulturellen und ökonomischen Veränderungen widmet, wird dem Raum des Fußballstadions wissenschaftlich kaum Aufmerksamkeit geschenkt – zumindest in diesem Zusammenhang.

Insbesondere die interaktionszentrierten Anhänger und ihre Rolle, Positionierung und Aushandlungsprozesse scheinen fast unbeachtet oder werden nur aus einer westdeutschen Perspektive und mit westdeutschen Kollektiven untersucht. Auch wenn das zum Teil am schwer zugänglichen Feld liegt, bleibt es mit Hinsicht auf den Stellenwert des Sports verwunderlich. Nicht zuletzt, weil in den Stadien eine Fankultur gewachsen ist, die in die Alltagswelt hineinwirkt und Diskurse und Identitäten beeinflusst. So fragt das Projekt nach der Relevanz der untergegangenen DDR und ihrer Geschichte im Fußballsport und der eigensinnigen Vermittlung und Aneignung von Geschichte, sowie politischer und gesellschaftlicher Themen in den Stadien. Darüber soll festgestellt werden ob und wenn ja, welche Stellung die vormalige Teilung Deutschlands noch heute, besonders für junge Menschen hat und inwiefern die Stadien so zur Arena gesellschaftlicher Deutungskonflikte und damit Teil geschichtspolitischer Auseinandersetzungen werden.

Es kristallisierten sich folgende Forschungsfragen heraus:

(1) Welche Rolle spielt die DDR in den Stadien Ostdeutschlands heute und werden (2) über das Erbe des untergegangenen Staates spezifisch ostdeutsche Identitätsangebote vermittelt, die weit über die Stadien hinausweisen? (3) Wie und in welchen Konstruktionen grenzt sich diese Sinnwelt von westdeutschen Fangruppen ab?

Darüber hinaus entstanden aus den Vorüberlegungen diese Thesen:

- (1) Über die individuelle Vereins- und Stadtgeschichte, die für die interaktionszentrierten Fans eine besondere Rolle spielt, wird spezifische deutsch-deutsche Geschichte vermittelt.*
- (2) Ostdeutsche Fangruppen zeigen ein starkes, aber von Wandlungen geprägtes Distinktionsverhalten gegenüber westdeutschen Fans, das je nach Standort und Zeitpunkt, unterschiedlich intensiv in die Stadionkultur einfließt.*
- (3) Im Gegensatz zur Erzählung der „Wendeverlierer“ formiert(e) sich in den Fußballstadien der ehemaligen DDR ein ostdeutsches, vor allem männliches Selbstbewusstsein, das sowohl bei Hooligans als auch bei Ultras Teil des Selbstverständnisses wurde.*

Die langen Linien der Geschichte

Eigentlich sollte RB Leipzig kein Thema innerhalb des Dissertationsprojektes werden. Zwar hat RB durch seine Präsenz Bedeutung innerhalb der Fankultur, doch schien das die Arbeit, wenn überhaupt, nur zu tangieren. Das liegt zum einen am Untersuchungsgegenstand, denn RB hat zwar ebenfalls aktive Fans, doch sind diese, im Gegensatz zu anderen Vereinen nicht in einer derartig hegemonialen Stellung innerhalb des besonderen Diskursraumes Stadion und zum anderen an der fehlenden Verankerung des Vereins in der (Fan)Geschichte des (ost)deutschen Fußballs.

Eine gesamtdeutsche Fan- und Fußballgeschichte, welche die langen Linien der Entwicklungen nachzeichnet, ist eine der größten Leerstellen in der Sportgeschichte und der Fanforschung. Während über den Fußball an sich, vor allem von Jutta Braun vom Leibniz-Zentrum für zeithistorische Forschung, immer wieder Interdependenzen zwischen Ost und West beschrieben werden, bleibt nach dem Studium der wichtigsten Arbeiten der deutschen Fanforschung klar, die Geschichte der Fanforschung ist eine fast ausschließlich westdeutsche. Das betrifft nicht nur aktuelle Arbeiten, in denen Studien über Fankultur und Ultras das ostdeutsche Fan-Sein und auch Fallbeispiele kaum behandeln, sondern ebenfalls die Fanforschung zur DDR und insbesondere die Wechselwirkungen zwischen Ost und West und deren dynamisches Verhältnis nach dem Fall der Mauer. Wenn es um Fankultur im Osten oder der DDR geht, dann vor allem um den Dreiklang Gewalt, Rechtsradikalismus, Staatsicherheit.

Dabei zeigte sich in den bisherigen Forschungen des Projektes klar, dass ohne die Betrachtungen der Geschichte die Gegenwart nicht zu verstehen ist.

Im Fußball spielt die Geschichte, oft verbunden mit dem Begriff der „Tradition“ eine große Rolle. Fans und Vereine zelebrieren Vorkriegsmeisterschaften, Vereinsgründungen von Personen, die bereits über 100 Jahre tot sind, oder erinnern an Spieler, die kaum noch jemand auf dem Spielfeld hat auflaufen sehen. In der Art und Weise, gibt es weder in Ost noch in West große Unterschiede – aber in deren Grundlage. Ohne das Wissen über die Rolle von politischen Einflussnahmen auf den DDR-Sport und dessen Verfasstheit, ohne das Wissen über den politischen Einfluss auf Rivalitäten, ohne den Blick auf die anhaltende Transformation, entstehend aus dem Wendeherbst 1989, bleibt der Blick auf Diskurse des Jetzt getrübt. Wenn Fans von Chemie Leipzig singen, sie seien der „Rest von Leipzig“ oder vor einem Spiel gegen den BFC Dynamo ein Transparent mit der Aufschrift „Mielke wir kommen“ nach oben halten, so handelt es sich um explizite und eigensinnige Aneignungen von DDR-Geschichte, die in das Heute übersetzt werden. Die fest im Familiengedächtnis der Fanszenen verankerten Bezugnahmen, ohne die wiederum eine Kollektivgenerierung und Sozialisation schwerlich möglich wäre, sind explizit politischer Natur, wenngleich oft unbewusst, und unterscheiden sich allein darin von denen in Westdeutschland. Darüber hinaus waren Ost und West, zwar während der deutschen Teilung über die innerdeutsche Grenze hinweg verbunden und Wissen, Riten und Fanrepräsentationen aus dem Westen hatten großen Einfluss auf die Fußballfans in der DDR, doch entwickelte sich eben eine eigene, von regionalen Bedingungen geprägte Fußballfankultur. Die Weitergabe des Wissens um diese historischen und kulturellen Eindrücke beeinflussen das Geschehen durch das kollektive Gedächtnis und einen generationenübergreifenden, sich ständig reproduzierenden Erfahrungsraum weiterhin und so lassen sich spätere Jahrgänge und deren Verhältnis zur DDR und die Frage, wie ostdeutsch sie sich fühlen, nicht losgelöst analysieren.

Phantomraum Ostfußball

Innerhalb der bisherigen Forschungen wurde deutlich, dass die Vereine aus Ost und West zwar seit 1991 wieder in einem gemeinsamen Ligasystem gegen den Ball treten, doch dass auch nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland weiterhin eigene Dynamiken und Riten erhalten blieben und über Abgrenzungen kultiviert wurden. Im Ostfußball sind die Phantomgrenzen und der aus ihnen entstehende Phantomraum – ein Begriff, der unter anderem von Beatrice von Hirschhausen und Hannes Grandits entwickelt wurde und den Fortbestand ehemaliger administrativer Grenzen in ökonomischen oder soziokulturellen Feldern beschreibt – deutlich abzulesen. Natürlich, dass Ostdeutschland ein derartiger Phantomraum ist, lässt sich durch zahlreiche Parameter wie Wirtschaft, Kaufkraft aber auch Umfragen zu politischen Ereignissen nachvollziehen und so mag die Existenz der Phantomgrenzen auch im Fußball, trotz des egalisierenden und zusammenführenden Charakters des Sports, kaum überraschen, doch ist gerade die historische Entwicklung, die breite institutionelle Verankerung und nachfolgend die ständigen Reproduktionsmechanismen von besonderem Interesse. Seit der Auflösung des DDR-Fußballverbandes DFV und der Gründung und dem Beitritt des Nordostdeutschen Fußballverbandes NOFV in den Deutschen Fußballbund (DFB), wird der Spielbetrieb im Osten von diesem Verband organisiert. Die Ligen und Verbände sind logischerweise geographisch zusammengestellt. Die ehemaligen Grenzen werden damit aber strukturell gefestigt und entsprechend reproduziert – sowohl durch Institutionen wie hier dem NOFV oder dem Mitteldeutschen Rundfunk (mdr) mit dem Format „Sport im Osten“, als auch durch Akteure, wie es die Fan- bzw. Ultrasgruppen sind. Die stetige gemeinsame Verbands- und Ligenstruktur zahlreicher Vereine, mit im Vergleich wenig oder temporärer Partizipation in gesamtdeutschen Ligen – bedingt auch durch den geringen Erfolg der Ostvereine – ermöglichte nicht nur die Reproduktion des Phantomraumes, sondern sorgte immer wieder für Aufeinandertreffen der ehemaligen DDR-Vereine. Und so die ständige Erneuerung und Vermittlung von Rivalitäten und deren historischen Bezugnahmen. Es entstand ein gemeinsamer Erfahrungsraum aller ostdeutschen Ultrasgruppen, die sich gerade in den ersten Jahren massiv miteinander austauschten, und teilweise trotz Feindschaften unterstützten. Es entstand eine eigene Lebenswelt der ostdeutschen Ultras, die sich ab 2002 von den ehemaligen westdeutschen Vorbildern zu emanzipieren begann. Der Referenzrahmen Westdeutschland, der lange Jahre ein Vorbild war, ging endgültig verloren. Während bereits die Hooligans Mitte der 1990er anfangen, abschätzig über ihre „Sportfreunde“ aus dem Westen zu sprechen, und sich von ihnen zu distanzieren, wurde nun über Fanmagazine und Transparente ausgeteilt. Der Osten sei anders: authentischer, härter, roher und vor allem nicht so weich wie der Westen. Durch die benannte Wettbewerbsstruktur, aber auch Eigenorganisation wurde der Erfahrungsraum Ostdeutschland von den Akteuren erfahren, seine Existenz imaginiert und durch symbolische Repräsentationen kulturelle Produkte gestaltet.

Es entstand eine Generation, die nur den Osten kannte oder, wenn man auch bundesweit agierte, nur den Osten als gleichwertig sehen wollte. Entsprechend sang man und singt in Magdeburg zum Beispiel noch heute:

„Wir warn noch niemals in Paris - Wir warn noch niemals in Madrid
Wir haben euch kämpfen und siegen sehn – in Ostdeutschland!“

Dieses Lied ist nur ein Beispiel der Selbstverortung als ostdeutsche Fans. Zwar differenzierte sich das Gesamtbild zum Ende der Nullerjahre und der gemeinsame Erfahrungsraum der ostdeutschen Fangruppen, als konstituierendes Element der eigenen Identität zerbrach, doch sind Teile dieses Denkens weiterhin enthalten und lokal unterschiedlich ausgeprägt. Die Bandbreite des Diskurses reicht(e) von verklärter „Ostalgie“ über die Aneignung einzelner Geschichtelemente bis hin zur selbstbewussten Ermächtigung als dezidiert ostdeutsche Fans, immer auch unter dem Einfluss lokaler und regionaler Gesichtspunkte.

Wie diese Aushandlungsprozesse und Diskursverschiebung in Ostdeutschland, besonders aber in den einzelnen Standorten abliefen bzw. noch heute laufen, und welche Präsenz das Ostdeutschsein heute in einzelnen Fanszenen hat, wird die weiterführende empirische Forschung innerhalb meines Dissertationsprojektes zeigen. Hier wird auch RB Leipzig und dessen Wirkung innerhalb der ostdeutschen Fanszene eine Rolle spielen, also die Frage, ob der Verein tatsächlich ein Teil des beschriebenen Phantomraumes ist und darüber hinaus, ob aus angeblicher und tatsächlicher Häme und dem oben zitierten Empfinden „nicht richtig dazuzugehören“ ein Gefühl des Zusammenhalts kreiert wurde.

Kurzbiografie

Alexander Mennicke, geboren 1986, studierte an der Universität Leipzig Politik- und Kulturwissenschaften mit dem Forschungsschwerpunkt Fußball und nationale Identitäten im postjugoslawischen Raum. Er arbeitete u.a. am Kulturwissenschaftlichen Institut und am Historischen Seminar als wissenschaftliche Hilfskraft und ist als Autor und freier Journalist tätig. Er ist Doktorand der Kulturwissenschaften, Fachbereich Kulturosoziologie bei PD. Dr. Silke Gülker.

Vorläufige Gliederung

Vorwort

Teil 1: Einleitung und Grundlagen

1 Einleitung

- 1.1 Erkenntnisinteresse und Fragestellung
- 1.2 Forschungsstand
- 1.3 Theoretische Konzeption und Begriffserklärung
- 1.4 Forschungsgegenstand und Feldzugang

2 Fußball

- 2.1 Fußball als weltweiter Sport
- 2.2 Fußball als Sinnwelt und Vermittlungsinstanz

Teil 2: Historische Entwicklung

3. Eine Geschichte des (ost-)deutschen Fußballs und seiner Fans

- 3.1 Wie der Fußball nach Deutschland kam (bis 1918)
- 3.2 Der Fußball wird zum Massenphänomen und Darstellungsform lokaler Identitäten (1918 bis 1933)
- 3.3 Viel Gleichschaltung, ab und zu Devianz – Fußball und Zuschauer im Nationalsozialismus (1933 bis 1945)
- 3.4 Vier Zonen, zwei Systeme – Fußball im Nachkriegsdeutschland (bis 1949)
- 3.5 Zwei Staaten, zwei Systeme – Trennung und Institutionalisierung (bis 1963)
- 3.6 Bundesliga und Fußballclubbeschluss – Strukturveränderungen in den 1960er Jahren, Fußballsysteme in Ost und West
- 3.7. Fußball, Fans und Fanclubs – Jugendkultur bis in die 1980er
- 3.8 Hooligans, Zuschauerrückgang und das Ende der DDR (bis 1990)
- 3.9 Transformation und wilde Jahre (bis 1998)
- 3.10 Ultras – eine alte neue Kultur erobert das Stadion

Teil 3: Empirische Forschungen

4 „Wir kommen aus dem Osten und leben auf eure Kosten ...“

4.1 Blick nach Westen – die Anfangszeit der ostdeutschen Ultras (bis 2002)

4.2 Gemeinsamer Erfahrungsraum „Wilder Osten“ – Selbstbehauptung und Abgrenzung (2002 bis 2008)

4.2.1 Orientierungswechsel – der Blick nach Osteuropa

4.2.2 Blickfang Ost

4.2.3 „Ostler sind härter“ – zwischen Gewalt, Authentizität und Selbstvermarktung

4.2.4 Abgrenzung und Zusammenhalt – Dialektik der Osis

4.2.5 Reaktionen aus dem Westen

4.3. Ausdifferenzierung zwischen Entwicklung und Stillstand – die Rolle der DDR und einer ostdeutschen Herkunft im Stadion und in Fandiskursen

5 Fallstudien – eine Reise durch Ostdeutschland

5.1 Leipzig – Opposition als Rest von Leipzig – BSG Chemie Leipzig

5.2 Zwickau – „Florenz aus dem Europokal geschmissen“ – FSV Zwickau

5.3 Dresden – „Den Wessiultras aufs Maul“ – SG Dynamo Dresden

5.4 Magdeburg – Einziger Europapokalsieger der DDR – 1.FC Magdeburg

5.5 Frontstadt Berlin

5.5.1 „Wir aus dem Osten gehen immer nach vorn...“ – Union Berlin

5.5.2 Mielkes Erbe – BFC Dynamo

5.5.3 Aus Ost und West – Sonderfall Hertha BSC Berlin

5.6 Potsdam - Karl Liebknecht und der SV Babelsberg 03

5.7 Übergreifende Fallanalyse unter Einbeziehung weiterer Beispiele und Experteninterviews

6 Fazit und Abschluss

7 Anhang

7.1 Abbildungen

7.2 Quellen- und Literaturverzeichnis

Die Sanierung von Werra und Elbe als umwelt- und völkerrechtliches Problem in den deutsch-deutschen Beziehungen 1968-1989

von Sascha Ohlenforst

Die Vor- und Nachwirkungen der Stockholmer Weltumweltkonferenz 1972 begünstigten in beiden deutschen Teilstaaten ein umweltpolitisches Reformklima. Während die DDR schon am 16. Mai 1970 ihr Landeskulturgesetz als eines der weltweit ersten Umweltrahmengesetze nach Schweden erließ und öffentlichkeitswirksam als „internationale Pionierarbeit“ ankündigte, bündelte die sozial-liberale Bundesregierung unter der Federführung von Hans-Dietrich Genscher in einem am 14. Oktober 1971 verabschiedeten Umweltprogramm ihre umfassenden Reformpläne für den Umweltschutz. Allerdings bestanden im bilateralen Verhältnis beider Staaten unterschiedliche Auffassungen darüber, inwiefern aus dem sich herausbildenden Umweltvölkerrecht und einzelnen völkerrechtlichen Verträgen bestimmte Verhaltenspflichten zur Gefahrenabwehr und Umweltvorsorge abzuleiten waren.

Insbesondere bei den grenzüberschreitenden Gewässerverunreinigungen führten die unterschiedlichen Rechtsauffassungen beider Teilstaaten zu Konflikten in den deutsch-deutschen Beziehungen. Die von der DDR ausgehende Versalzung der Werra mit Salzlauge aus der Kali-Industrie und die Verunreinigung der Elbe mit Schwermetallen entwickelte sich zu einem rechts- und umweltpolitischen Dauerkonflikt, bei dem die Verhandlungspositionen beider Teilstaaten unvereinbar schienen. Während die Bundesrepublik auf die Einhaltung des Verursacherprinzips und somit auf eine Übernahme der Sanierungskosten durch die DDR pochte, verwiesen die ostdeutschen Verhandlungsführer auf den vermeintlichen Anwendungsvorrang des Nutznießerprinzips. In den Umweltverhandlungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR ging es somit nicht nur um die Lösung drängender Umweltkonflikte, sondern zugleich um die politische Aushandlung des Umwelt(völker)rechts.

Selbst als die DDR nach dem Konflikt um die Einrichtung des Umweltbundesamtes 1974 in West-Berlin und den daraufhin erfolgten Abbruch der Umweltverhandlungen wieder Gesprächsbereitschaft signalisierte, geriet kaum Bewegung in die Sache. Die DDR – die die Gespräche ohnehin nur aus einem ökonomischen und rechtspolitischen Kalkül führte – war weiterhin nicht bereit, die Kosten für mögliche Sanierungsmaßnahmen zu tragen. Als ein weiteres Problem erwiesen sich zudem andere Nachbarschaftskonflikte wie die Elbe-Grenze oder die Haftung für aufgetretene Bergbauschäden im Werra-Kali-Revier, die die DDR als ein Junktim mit den Gewässerverunreinigungen zu behandeln versuchte. Welche Handlungsspielräume ergaben sich in dieser Gemengelage für die Bundesregierung, um Fortschritte bei den stagnierenden Verhandlungen zu erzielen?

War möglicherweise die Fortentwicklung des (Umwelt-)Völkerrechts über die UNECE, die Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen, eine Möglichkeit, um die DDR zur Übernahme der Sanierungskosten zu verpflichten? Immerhin drängten die von den Gewässerverunreinigungen betroffenen Bundesländer zunehmend auf Verbesserungen – vereinzelt auch mit der unverhohlenen Drohung, der Bundesregierung ansonsten in deutschlandpolitischen Fragen (z. B. die Elbe-Grenze) die Unterstützung zu verweigern.

Die Untersuchungsschwerpunkte der Dissertation liegen somit in den Forschungsfeldern der Umweltgeschichte, der Rechtsgeschichte und den internationalen Beziehungen sowie deren interdisziplinärer Verknüpfung. Das Forschungsvorhaben orientiert sich damit methodisch an dem Konzept einer humanökologisch ausgerichteten Umweltrechtsgeschichte, die unter Bezugnahme auf den ökologischen und rechtlichen Handlungsrahmen die jeweiligen politischen Interessen der Verhandlungsparteien untersucht. Schließlich spürt die Dissertation der Frage nach, inwiefern das Recht als Mittel zur innen- und außenpolitischen Konfliktsteuerung taugte, oder ob rechtliche Argumentationsmuster auch zur Verschleierung von politischen Interessen und somit als Barriere für diplomatische Verhandlungen dienten.

Kurzbiografie

Sascha Ohlenforst, 1994 in Heinsberg geboren, studierte Geschichte und Germanistik in Aachen und Bonn. Als Studentischer Mitarbeiter am Lehrstuhl für Berg-, Umwelt- und Europarecht der RWTH Aachen (Prof. Dr. jur. Walter Frenz) beschäftigte er sich eingehend mit den am Lehr- und Forschungsgebiet aufkommenden Rechtsfragen. Seine umweltrechtsgeschichtliche Dissertation wird von Prof. Dr. phil. Matthias Pape am Historischen Institut der RWTH Aachen betreut.

Vorläufige Gliederung (Stand Juli 2022)

A. Einführung: Zur Geschichte der deutsch-deutschen Beziehungen

B. Fragestellungen und Gang der Untersuchung

C. Untersuchungsschwerpunkte und Forschungsstand

I. Umweltgeschichte

II. Rechtsgeschichte

III. Internationale Beziehungen

D. Umweltrechtsgeschichte als Methode

E. Fließgewässer als transnationale Rechtsräume

I. Ökosysteme und Geschichtslandschaften

II. Hybride Rechtsräume und Kollisionsrecht

F. Entwicklungslinien von Umweltpolitik und Umweltrecht nach 1945

I. Internationale Entwicklungen

1. Stockholmer Weltumweltkonferenz 1972

2. Europäisierung des Umweltschutzes

3. Umweltvölkerrecht

3.1 Allgemeine Rechtsgrundsätze

3.2 Vertragsrecht

3.3 Gewohnheitsrecht

4. Internationales Wasserrecht

II. Nationale Entwicklungen*

1. Bundesrepublik Deutschland*

1.1 Umweltprogramm der Bundesregierung 1971

1.2 Gewässerschutz und Wasserwirtschaft

2. Deutsche Demokratische Republik

2.1 Landeskultugesetz (LKultG) 1970*

2.2 Gewässerschutz und Wasserwirtschaft

G. Entwicklung der innerdeutschen Umweltbeziehungen

H. Sanierung der Werra

I. Geschichte des Kali-Bergbaus im Werra-Kali-Revier

1. Kaliabwasser-Kommission
2. Versenkung durch Schluckbrunnen

II. Ökologische Schäden durch die Versalzung

III. Dualismus zwischen Bund und Ländern

IV. Scheitern der Lösungsansätze

1. Bergbauschäden als Junktim
 - 2.1 Favorisierte Lösung der ARGE-Weser
 - 2.2 Ablehnende Haltung der Kali und Salz AG
 - 2.3 Konflikt um das Umweltgutachten 1978
 - 2.4 Konflikt um die Finanzierung
3. ESTA-Verfahren

I. Sanierung der Elbe

I. Schadstoffbelastung

II. Elbe-Grenze als Junktim

III. Möglichkeit und Scheitern einer Elbe-Schutzkommission

J. Die Sanierung der Röden – ein Sonderfall?

K. Fortentwicklung des Umweltvölkerrechts

L. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

„Verseuchte Landschaften wiederherstellen?“ – Altlastensanierung, Umweltexpertise und die Wahrnehmung (ost-)deutscher Räume

von Thorben Pieper

Der internationale Aufstieg ökologischer Themen seit den 1970er Jahren manifestierte sich auch in den beiden deutschen Staaten (u.a.) durch die Schaffung eigener Umweltministerien, Umweltgesetze sowie neuer zivilgesellschaftlicher Gruppen. Angetrieben von diesen Gruppierungen, geprägt durch Debatten über das Waldsterben sowie Tschernobyl und die Gründung der Grünen entwickelten sich die 1980er Jahre zum einen zu dem grünen bundesrepublikanischen Jahrzehnt, während zum anderen in der DDR Umweltinformationen ab 1982 zu Staatsgeheimnissen erklärt wurden, die enorme Staatsverschuldung den Spielraum für Umweltschutzinvestitionen einengte und die intensive Braunkohlenutzung zu exorbitanten Emissionen von Schwefeldioxid führte. Spektakuläre Aktionen einzelner DDR-Umweltgruppen sowie Umweltaktivistinnen und -aktivisten, wie beispielsweise der Film *Bitteres aus Bitterfeld*, Ende der 1980er Jahre, die sicht- und spürbaren Umweltschäden und die mediale Aufmerksamkeit (der Westmedien) für Umweltthemen schufen 1989/90 ein äußerst düsteres Bild der ostdeutschen Umweltsituation, so dass die umfassende Sanierung dieser zu einem der populärsten und wichtigsten Themen der Vereinigung und der Transformationszeit wurde.

Begrifflich manifestierte sich das gewaltige Vorgehen in dem Wort Altlasten bzw. Altlastensanierung, das, in den 1980er Jahren aus der Abfallwirtschaft kommend, zunächst Altdeponien und Abfallablagerungen meinte, in den 1990er Jahren jedoch ausgeweitet wurde und nun auch vielfache Kontaminationen auf Industrie- und Gewerbeflächen implizierte.

Diese Sanierung der sogenannten Altlasten soll zentraler Untersuchungsgegenstand des Dissertationsprojekts sein. Als Querschnittsthema, an dem zum einen viele verschiedene Akteure mit vielfältigen Interaktionen, Konflikten und Interessen beteiligt und mit dem zum anderen zentrale Arbeitsfelder der 1990er Jahre verknüpft waren, soll die zeithistorische Erforschung der Altlastensanierung einen zentralen Beitrag zur Transformationsgeschichte leisten: Da die Frage der ökologischen Altlasten in zahlreichen Fällen ein Investitionshemmnis bei der Privatisierung von zuvor staatlichen Industrieunternehmen darstellte, berührte die Altlastensanierung die Arbeit der Treuhandanstalt. Auch mit der Arbeitsmarktpolitik war sie verknüpft, wurde doch ein erheblicher Anteil der umweltpolitischen Sofortmaßnahmen nach der Einigung über umfassende Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) realisiert. Ebenso trägt das Forschungsprojekt einen Teil zur deutschen Föderalismusgeschichte bei, offenbaren die zahlreichen Diskussionen bzgl. der Altlastensanierung zwischen dem Bund (und auch hier zwischen verschiedenen Ministerien), den ostdeutschen Bundesländern sowie der Treuhand (BvS) und anderen Interessensgruppen interessante Aushandlungsprozesse.

In dem Dissertationsprojekt soll es also auf der Grundlage von archivalischen Quellen und themenzentrierten Interviews mit Expertinnen und Experten zum einen um die (Hintergründe der) ökologische(n) Altlastensanierung auf dem Gebiet der ehemaligen DDR nach der Vereinigung gehen. In diesem Rahmen wird danach gefragt, welche verschiedenen Akteure zusammentrafen, wie diese miteinander interagierten, welche Expertise, Ideen und Konzepte in diesem Rahmen von zentraler Bedeutung war und ob möglicherweise Ko-Transformationsprozesse in die westdeutschen Länder zurückwirkten. Zum anderen geht es um die konkrete Alltagspraxis in Ostdeutschland: In diesem Kontext soll am Beispiel einzelner ökologischer Großprojekte ebenso danach gefragt werden, wie das bestehende Wissen und die ostdeutschen Akteure in den Aufbau miteinbezogen wurden und ob Konflikte um die Frage der Verantwortung und Zuständigkeit für die DDR-Altlasten zwischen Bund (THA/BvS, versch. Ministerien), Ländern und Gemeinden sowie den Erwerbern altlastenbetroffener Anlagen und Grundstücke entstanden.

Zentraler Untersuchungszeitraum des Dissertationsprojekts sind die 1990er Jahre, in denen sich die Altlastensanierung als Tätigkeitsfeld maßgeblich in Bezug auf die Akteur:innen, Praktiken und Semantiken professionalisierte, wobei die 1980er als Vorgeschichte ebenso betrachtet werden. In diesem Zeitraum, so eine Anfangshypothese, entwickelte sich die Altlastensanierung vom Teilaspekt der Abfallwirtschaft zum zentralen Orientierungspunkt im Bereich Umweltschutz. Der Fokus auf die technisch anspruchsvolle und politisch sowie juristisch verhandelte Altlastensanierung entwickelte den Umweltschutz zudem zu einem komplexen Thema und führte gleichzeitig zu einem öffentlichen Interessensverfall. Die ost- und westdeutschen Umweltgruppen waren zum einen kaum an der massiven Aufgabe der Altlastensanierung beteiligt, so dass sich zum anderen der Umweltschutz in den 90er Jahren zunehmend entpolitisierte und die Emotionen der 1980er Jahre sowie von 1989/90 abkühlten.

Kurzbiografie

Thorben Pieper, 1992 in Herdecke geboren, studierte von 2015 bis 2021 Germanistik und Geschichte an der Ruhr-Universität in Bochum. Neben dem Studium arbeitete er u.a. ab 2017 als wissenschaftliche Hilfskraft an der Professur für Zeitgeschichte und gründete den Verein „Lernen durch Erinnern e.V.“. Seine Masterarbeit beschäftigte sich mit dem Zentralen Runden Tisch in der DDR. Seit 2022 promoviert er bei Prof. Dr. Constantin Goschler in Bochum.

vorläufige Gliederung

1. Einleitung

- 1.1. Forschungsgegenstand und Fragestellung
- 1.2. Forschungsstand und verwendete Quellen
- 1.3. Anmerkungen zu den verwendeten Begriffen (Transformation, Vereinigung ...)
- 1.4. Theoretische Verortung und methodisches Vorgehen (Wissen, Organisation, Transformation)

2. Umwelt(-skandale) verwalten: Erfindung und Entstehung der Altlasten im ökologischen Jahrzehnt der Bundesrepublik (1978-1990)

- 2.1. Altlasten vor *Altlasten*: Abfall, Dioxine und (Ab-)Wasser im Kontext eines entstehenden Umweltschutzes und -bewusstseins
- 2.2. Zwischen Verwaltung und Forschung: Akteure und Organisation eines jungen Umweltpolitikfeldes
- 2.3. Deutschlands Seveso? Hamburg Georgswerder oder Altlastenskandale als Triebfedern der Professionalisierung eines Umweltpolitikbereichs

3. Zwischen Plan und Protest: Umwelt und Altlasten (in) der DDR (1984-1990)

- 3.1. „Bitteres aus Bitterfeld“ und „Altlasten“ in der DDR(-Umweltbewegung)
- 3.2. Wissen und Wegsehen: staatliche(s) Altlastenwissen und -politik
- 3.3. Den „Ökozid“ gestalten: Umweltwahrnehmung und Umweltpolitik im Übergang

4. „Wir brauchen ein Umweltwunder“: Umwelt im Umbruch und Altlasten in der bundesdeutschen Politik (1989-1992)

- 4.1. Die Umwelt wird langweilig, die Altlasten größer: Umweltunion, Umweltsophorthilfeprogramme und Umweltgutachten
- 4.2. Mehr als nur Blitzableiter? Altlasten in der Treuhandanstalt
- 4.3. Alleskönner oder Lückenfüller – (Umwelt-)Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Umbruch und Übergang

5. Blühende Landschaften oder blühende Altlasten? Altlastenpolitik zwischen Erfassung und Sanierung (1992-1994/98)

- 5.1. Altlastenverhandlungen und die gemeinsame Arbeitsgruppe „Ökologische Altlasten“
- 5.2. Von Stralsund bis Freiberg – ökologische Großprojekte zwischen Umwelt- Wirtschafts- und Arbeitspolitik
- 5.3. Bitterfeld am Rhein? Kotransformationsprozesse und Altlasten im vereinten Deutschland

6. Fazit: Altlasten im Umbruch – eine heimliche Erfolgsgeschichte?

7. Quellen- und Literaturverzeichnis

8. ...

NOTIZEN
